

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Schriftführer:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Berlin 4100/4100



Stellen für Druck und Verbreitung:
Berlin C 21 61, Tele. Wilhelms-Platz 8
Druckverlag: Gropius

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. Jan. 1933.

Int. Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Königreich Bayern?

Von Dr. Wilhelm Hoegner, München, M.d.R.

SPD. Die monarchistische Propaganda hat in Bayern zu Beginn des neuen Jahres mit besonderer Stärke eingesetzt. In Zeitschriften und Zeitungen wird "König Rupprecht" als Kunstfreund und Feldherr, als Volksführer und Hort der Schwachen verherrlicht. Lautsprecher verkünden bereits, dass 1933 das Jahr der Monarchie werden würde.

In der Tat sind die Aussichten für eine Zunahme der monarchistischen Stimmung in Bayern günstiger als seit langer Zeit. Zwei Wege zur bayerischen Monarchie, ein gerader und ein krummer, werden in der Öffentlichkeit aufgezeigt.

Die Befürworter des geraden Weges glauben die bayerische Monarchie vom Reich einhandeln zu können. In den Denkschriften der bayerischen Regierungen zur Reichsreform ist seit Jahren u. a. stets die Beseitigung des Art. 17 der Reichsverfassung, der für jedes deutsche Land eine republikanische Verfassung vorschreibt, gefordert worden. Als die Reichsregierung Papen am 20. Juli über Preussen herfiel und auf ihre junkerliche Weise dem Deutschen Reich ein Ende machte, witterten die bayerischen Monarchisten Morgenluft. Sie forderten für Bayern Kompensationen in Form von Reservatrechten, darunter auch das Recht einen König zu haben, weil sonst die süddeutschen Länder in einem verpreusserten Reich keinen Lebensraum mehr besäßen. Wie weit hier die Regierung Papen über allgemeine Redensarten hinaus bestimmte Hoffnungen gemacht hat, ist noch nicht bekannt geworden. Die Wut der bayerischen Monarchisten darüber, dass Papen die "wirklich grosse staatsmännische Tat", nämlich die Neugründung des Reiches auf dem Weg über den Reichsrat durch einzelne Länderverträge, schuldig geblieben ist, dass er "die Brücke zu dieser Vision" nicht gefunden hat, war gross. Von Schleicher erwartet man für den Gedanken einer bayerischen Monarchie, praktisch also für eine Lockerung der Reichsgewalt, nicht eben viel. Gleichwohl hofft man durch eine Aufrollung der gesamten Reichsreformfrage einiges herauschlagen zu können.

Der neuerdings besonders empfohlene krumme Weg führt über eine Abänderung der bayerischen Verfassung, vor allem jenes § 92, der für Verfassungsänderungen eine Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags erfordert. Diese Bestimmung ist im Jahre 1919 auf Verlangen der Bayerischen Volkspartei, die sich damals gegen die "rote Flut" schützen wollte, in die Verfassung hineingekommen. Als sich das Blatt wendete, hat die gleiche Partei kein Mittel unversucht gelassen diese ihr nunmehr unbequem gewordene Vorschrift zu beseitigen. Ein von ihr mit den Landtagswahlen von 1924 durchgeführter Volksentscheid brach zusammen, weil auch die Nationalsozialisten gegen die verlangte Verfassungsänderung stimmten. Im Jahre 1926 wurde die Aufhebung des Schlüsselparagraphen zur Monarchie durch einen einzigen aufrechten Bauernbündler, auf dessen Stimme es ankam, verhindert. Nunmehr sollen die National-

sozialisten um den Preis der Bildung einer Koalitionsregierung dafür gewonnen werden.

Hinter der Änderung des Schlüsselparagraphen 92 steht, wie offen zugegeben wird, nicht nur die Errichtung einer zweiten Kammer und die Erhöhung des Wahlalters, sondern auch die Einsetzung eines Staatspräsidenten mit dem Ziel der Monarchie. Der Staatspräsident soll insbesondere das Recht bekommen eine Regierung zu ernennen und den Landtag aufzulösen, Rechte also, die in der Reichsverfassung dem Reichspräsidenten eingeräumt sind. Man hört bereits, dass zum ersten Staatspräsidenten der gegenwärtige bayerische Ministerpräsident Dr. Held ausersehen ist, der als besonderer Feind der Nationalsozialisten gilt und deshalb zur Erleichterung der Koalitionsbildung mit ihnen durch eine "Altersversorgung" gestellt werden soll. Jedenfalls nach Dr. Held soll dann Rupprecht von Wittelsbach zunächst als Staatspräsident an die Reihe kommen und bei der nächsten Gelegenheit bayerischer König werden. Von den Monarchisten wird gegenwärtig die Bayerische Volkspartei beschworen die "nie wiederkehrende Gelegenheit" beim Schopfe zu fassen und um die Nationalsozialisten für das Verfassungsgeschäft zu ködern, vor den grössten Opfern nicht zurückzusehen.

Die Aufrollung der Königsfrage in Bayern bannt keine wirtschaftliche Not, sondern beschwört nur unabsehbare politische Gefahren herauf. Wie beim Kapp-Putsch würde die deutsche Arbeiterschaft auch bei einem monarchistischen Staatsstreich sich geschlossen erheben. Der Bestand des bayerischen Staates in seiner jetzigen Gestalt wäre in Frage gestellt, die Einmischung des Auslandes nicht unzweifelhaft. Das deutsche Volk und auch das bayerische Volk hat gegenwärtig andere Sorgen als zerschlossene Königsmäntel zu flicken. Die deutsche Monarchie gehört der Geschichte an und wir werden das Äusserste tun, dass es bei diesem Urteil verbleibt.

SPD. Braunschweig, 25. Jan. (Eig. Drahtl.)

Die Sozialdemokratische Fraktion hat am Mittwoch im braunschweigischen Landtag eine Grosse Anfrage eingebracht, die die Zustände im Naziparadies drastisch beleuchtet. Die Anfrage lautet:

"Ruhe und Ordnung sind im Freistaat Braunschweig empfindlich gestört, seitdem Minister Klagges für die öffentliche Sicherheit verantwortlich ist. Ueberfälle von Nationalsozialisten auf politisch Andersdenkende sind keine Seltenheit. Mordtaten häufen sich in erschreckender Weise, ohne dass auch nur in einem Falle ein Täter zur Verantwortung gezogen ist. Sprengstoff-Attentate, die Leben und Eigentum friedlicher Einwohner in Gefahr brachten, sind bis zum heutigen Tage nicht gesühnt, obwohl die Täter seit Monaten bekannt sind. Die Erregung über das passive Verhalten der zuständigen Stellen ist noch gesteigert durch die Tatsache, dass zwei von den verhafteten Nationalsozialisten, die an den Sprengstoff-Attentaten entweder beteiligt waren oder darüber wussten, sich einer Aburteilung durch die Flucht entziehen konnten. Wir fragen: Ist das Staatsministerium endlich bereit, Polizei und Staatsanwaltschaft zur energischeren Verfolgung des politischen Verbrechertums im Lande Braunschweig anzuhalten?"

SPD. Bukarest, im Januar (Eig. Bericht)

Die Regierung Vaida-Voevod, die vor wenigen Tagen gebildet wurde, ist die vierte nationalzarunistische Regierung in einem Zeitraume von nur acht Monaten. Auf den ersten Blick zeigt sie fast das gleiche Gesicht wie ihre Vorgängerin: Bis auf Maniu und Michalake sind alle Minister des zurückgetretenen Kabinetts Maniu wiedergekehrt. Doch gerade das Fehlen dieser überragen-

den Führer der beiden Flügel der nationalzaranistischen Partei, der siebenbürgisch-nationalen Gruppe und der Bauernpartei Altrumäniens, zeigt, dass der neuen Regierung die notwendige Autorität und innere Festigkeit fehlen.

Wenn der König Maniu ausschiffte, aber die nationalzaranistische Partei an der Macht behielt, so ist das nur als weitere Etappe zur Verwirklichung seines alten Planes, den er seit seiner Rückkehr ins Land verfolgt, zu betrachten. Sein Ziel ist die Untergrabung und Zerschlagung der Parteien, um eines schönen Tages so absolutistisch regieren zu können, wie es der königliche Schwager Alexander in Belgrad tut. Das Gegenspiel, das der König seit einer Reihe von Monaten zwischen Maniu und Vaida mit grossem Geschick treibt, hat sich bereits zu einer schweren Gefahr für die nationalzaranistische Partei und - man kann auch sagen - für die Demokratie und den Parlamentarismus in Rumänien ausgewachsen. Und wenn der "Sozialismus" schreibt, dass die neue Regierung den Verfall der Bauernpartei, die einstmals Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gekämpft hat, nur beschleunigen werde, so dürfte er nur allzu recht behalten.

Dem Ansturm der denkbar ungünstigsten Umstände und wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird das Kabinett Vaida kaum gewachsen sein. In politischen Kreisen rechnet man mit seinem baldigen Sturz.

SPD. Otto Strassers "Schwarze Front" berichtet in ihrer neusten Ausgabe von dem Scherbenegericht über Gregor Strasser, das bei der Hitlerschen Gauführertagung in Weimar vollzogen wurde. Lassen wir den gut unterrichteten Bruder von Gregor Strasser erzählen:

"Was sich auf der "Gauführertagung" in Weimar ereignet hat, übersteigt selbst das der Hitlerpartei zugebilligte Mass an Gemeinheit und wird für ewige Zeiten ein Denkmal menschlicher Niedertracht darstellen, eine Gipfelleistung von Gemeinheit, Feigheit und Verrat. Wenn man erwartet hatte, auch nur ein politisches Wort zu der Angelegenheit zu hören, dann hat man das Niveau der Hitlerpartei gewaltig überschätzt. Vielmehr begannen Hitlers Mamelucken sofort damit, einen Unratkübel gemeinster persönlicher Anschuldigungen über Gregor Strasser zu entleeren, der alle Bestandteile enthielt, die man in jahrelanger Uebung als besonders wirkungsvoll ausprobiert hatte.

Den Angriff begann Herr Mutschmann-Sachsen mit der Behauptung, dass Gregor Strasser nur aus Gewinnsucht und Geldgier gehandelt hätte und seine ganze Tätigkeit bei der Hitlerpartei der persönlichen Bereicherung gedient hätte. Das war jener Mutschmann, der sich jahrelang als "Duz-Freund" Strassers in geradezu ekelerregender Weise an Gregor Strasser angebiedert hatte und - gegen Strassers Willen - das sächsische "Braune Haus" nicht Adolf-Hitler-Haus, sondern "Gregor-Strasser-Haus" getauft hatte. - Und die Mamelucken sassen dabei und kuschten.

Dann folgte - Julius Streicher, der es wagte, ausgerechnet Gregor Strasser mit den Phantasieprodukten seiner "Stürmer"-Erotik zu beschmieren - was allerdings doch selbst den getreuen Mamelucken zu viel an Gemeinheit und Lüge war und die Gauleiter Kaufmann (Hamburg), Koch (Ostpreussen) und auch Brückner (Schlesien) auf den Plan rief. Dabei fielen recht klarstellende Worte über Herrn Streichers "Sittlichkeit", deren merkwürdige Auffassung bekanntlich zu wiederholten Prozessen wegen Vergewaltigung, Anstiftung zum Meineid, Ehebruch usw. geführt hatte, was den Schuft Streicher aber nicht hinderte, seine schamlosen Verleumdungen zu wiederholen - und damit eine verspätete Rache für seinen Ausschluss aus der Partei zu nehmen, den Gregor Strasser (gemeinschaftlich mit Alfred Rosenberg) im Jahre 1924 vorzunehmen gezwungen war.

Das Bild wäre nicht vollständig, wenn die von Dr. Goebbels gezeugte Lüge fehlen würde, dass "die jüdische Abstammung Gregor Strassers inzwischen

einwandfrei erwiesen" sei, die "schon beim Abfall von Dr. Otto Strasser von argwöhnischen Parteigenossen vermutet worden wäre. Auch gegen diese sinnlose Lüge wagten einige Freunde Gregor Strassers noch Protest.

Diese Verteidigung Strassers rief den jetzigen Organisationsleiter Dr. Ley auf den Plan mit folgender sensationeller Enthüllung: Adolf Hitler habe schon seit langem Gregor Strasser misstraut und ihm daher in "Oberleutnant" Schulz einen Aufpasser an die Seite gegeben, der alle wichtigen Briefe Strassers - Adolf Hitler verraten habe. Herr Ley behauptete, dass diese Briefe den Beweis einer engen Zusammenarbeit Gregor Strassers mit General von Schleicher ergeben haben, die Adolf Hitler zur Ausbootung Strassers bei der ersten sich bietenden Gelegenheit gezwungen habe. Angesichts dieser Behauptung, die Herr Ley mit keinem einzigen Beweisstück belegte, wagte keiner der Mamelucken mehr ein Wort der Verteidigung."

So weit die Schilderung in der "Schwarzen Front". Sie bestätigt wiederum den so oft gekennzeichneten Charakter der Mamelucken des Dritten Reiches. Wie so oft und seit Jahren werden auch diesmal den Streicher, Ley und Konsorten in aller Öffentlichkeit die schwersten Verbrechen vorgeworfen, ohne dass einer dieser beschuldigten Reichstagsabgeordneten und Parteiführer es wagen dürfte, den Beleidiger zu verklagen.

SPD. Halle, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Der bisherige nationalsozialistische Gauleiter des Gaues Halle-Merseburg, Landtagsabgeordneter Jordan, ist auf "allerhöchsten Befehl" nach Königsberg versetzt worden. Er tritt dort an die Stelle des Gauleiters Koch, der sich durch seine üblen Geschäfte mit der Zeitschrift der Landwirtschaftskammer einen guten Ruf verschafft hat. Mit dieser Strafversetzung hat der Osaf die Zersetzungerscheinungen im halleschen Nazisumpf bestätigt. Mit der Führung des Gaues Halle soll der jetzige Geschäftsführer der Nazi-Landtagsfraktion Hinkler, den Jordan seinerzeit verdrängt hatte, betraut werden.

In der Halleschen Nazi-Bewegung herrscht schon seit Wochen ein tolles Durcheinander. Die Bonzen fliegen haufenweise. Die grosse Säge aus München geht um. Vor dem Gauleiter flog der Kreisleiter und nach dem Gauleiter werden in den nächsten Tagen eine grosse Anzahl von Ortsgruppenleitern fliegen. Pg's und SA revoltieren. Die SS ist von 120 auf 70 Mann reduziert worden. Man hat die unzuverlässigen Elemente kurzerhand hinausgeworfen.

SPD. Auch der letzte Tag der Debatte im Haushaltsausschuss des Reichstags über die Osthilfe brachte neue Enthüllungen. Bei der Abstimmung stimmten die Deutschnationalen gegen alle Anträge auf weitergehende Aufklärung. Aber auch die Nationalsozialisten zeigten durch ihre Stimmenthaltung bei einem Antrag, der die Umschuldung des Grossgrundbesitzes von der Hergabe geeigneten Siedlungslandes abhängig machen wollte, dass ihre ideelle und materielle Verflechtung mit dem Grossgrundbesitz stärker ist als ihre Freundschaft für die Siedlung.

Der sozialdemokratische Abg. Heinig kritisierte die hohen Gehälter bei den Landstellen und bei der Bank für Industrieobligationen. Er fragte, ob es richtig sei, dass von der Industriebank jetzt auch die deutschnationale "Deutsche Tageszeitung" saniert werde, obwohl das doch wirklich nichts mit der Osthilfe zu tun habe. Heinig erklärte, wenn er in den letzten Wochen nur eine Flut von Zuschriften erhalten habe, so könne man in den letzten Tagen nur noch von einer Sturmflut von Zuschriften sprechen. Alle beschwerten sich, dass immer zuerst die Grossgrundbesitzer umgeschuldet würden, und zwar

die, die die vornehmsten Beziehungen haben. Häufig sei die Umschuldung doppelt und dreifach vorgenommen worden. Andere Briefe teilten mit, dass manche umgeschuldeten Besitzer heute noch Luxusausgaben für Rennpferde, Repräsentationsbauten usw. machten. Durchweg seien die Briefe mit vollem Namen und genauer Adresse versehen. Aber alle Briefschreiber bäten dringend, ihre Namen nicht öffentlich zu nennen, weil ihnen sonst das Leben zur Hölle gemacht werde. Einer schrieb: "Wenn Sie mich nennen, kann ich hier nicht mehr leben."

Gegen die politische Umfälschung der Osthilfe erhob der sozialdemokratische Abg. Wissell entschiedensten Protest. Ursprünglich sollte die Osthilfe die Landwirtschaft gesund machen. Jetzt würden nur die Gutsbesitzer gerettet, die meist durch eigene Schuld infolge fehlerhafter Spekulation bankrott seien. Diese Wandlung sei von der Regierung Schleicher herbeigeführt worden. Man wolle nicht mehr einem Berufszweig helfen, sondern einzelnen Gutsbesitzern und zwar je mehr und je schneller desto länger und desto adliger sein Name sei. Die erste Weigerung des Reichsernährungsministers, Auskunft zu geben, habe mit Recht Zweifel hervorgerufen, ob er reinigen wolle. Der Minister habe es auch verstümt, offensichtlich vorgekommene Fehler einzugestehen. Er habe sogar Privatpersonen, wie den Präsidenten der Pommerschen Landwirtschaftskammer von Flemming in Schutz genommen, obwohl von ihm feststehe, dass er allein aus Repräsentationsgeldern Einkünfte von 8000 bis 9000 Mark habe. Mit grosser Erregung wandte sich Wissell auch gegen den aufreizenden Widerspruch zwischen der Unterstützung der durch eigene Schuld verschuldeten Grossagrarien und der Masse der unverschuldet hungernden Volksgenossen. Bei den Kriegsbeschädigten, den Invalidenrentnern, den Arbeitslosen hätte in jenen Kreisen niemand menschliches Verständnis gezeigt für die Härte, die durch die Kürzungen der Unterstützungen begangen sei.

Der Zentrumsabgeordnete Ersing stellte fest, dass die Entschliessung der deutschnationalen Reichstagsfraktion ein Beweis sei, wie unangenehm die Deutschnationalen von den Enthüllungen über die Missbräuche bei der Osthilfe berührt seien. Die Kontrolle der Volksvertretung behage ihnen nicht. Daher ihr Schrei nach ihrer Diktatur. Angesichts des Ansturms von Beschwerden müsse man Verständnis dafür haben, dass dem Notschrei entrechteter Menschen Ausdruck gegeben werde. Osthilfe und Sicherungsverfahren müssten so rasch wie möglich zum Abschluss gebracht werden.

Interessante Einblicke in die Haltung der Parteien gewährte auch die Abstimmung. Sowurde im Widerspruch zu den Worten der Deutschnationalen, dass sie das grösste Interesse an einer Aufklärung hätten, die Einsetzung eines Unterausschusses gegen ihre Stimmen beschlossen. Die gleiche Haltung nahmen sie ein gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag, der den Rechnungsh um eine Prüfung der Osthilfe ersucht. Auch die Vorlegung weiteren Materials auf Grund eingehender Vorschläge der Sozialdemokratie wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen. Bei dem Antrag des Zentrums, der die Entschuldung von Grossbetrieben davon abhängig macht, dass sie vorher geeignete Siedlungsgelände abgegeben haben, stimmten die Deutschnationalen dagegen, die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme. Der sozialdemokratische Antrag die Reichsregierung solle anordnen, dass Personen, die selbst oder deren nächste Angehörige in der Osthilfe stehen, keinerlei Tätigkeit in den Landstellen oder als Treuhänder ausüben dürfen, wurde ebenfalls gegen die deutschnationalen Stimmen angenommen. Lediglich ein Antrag, die Lohnforderungen von Arbeitnehmern im Konkursfalle bevorrechtigt zu behandeln, fand einstimmige Annahme. Anträge auf Ausdehnung der Osthilfsmassnahmen wurden dem Unterausschuss überwiesen.

Der Unterausschuss wird seine Beratungen bereits am Donnerstag nachmitt ; beginnen.

SPD. In einer Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei und des Vorstandes der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich am Mittwoch mit dem Plan der Proklamierung eines Staatsnotstandsrechtes befassten, wurde folgender Beschluss gefasst :

"Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erheben schärfsten Protest gegen den Plan der Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandsrechts. Seine Verwirklichung würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmässigen Rechte raubte und jenen Cliquen zugutekäme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments scheuen allen Grund haben. Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist."

SPD. Dresden, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Deutschnationalen, die kürzlich den kläglich misslungenen Versuch machten, den preussischen Finanzminister Dr. Klepper der Korruption zu überführen, haben jetzt den höchst peinlichen Korruptionsfall des früheren deutschen nationalen Finanzministers Weber zu verdauen.

Die sächsische Volksvertretung hatte einen Untersuchungsausschuss beauftragt, die Finanzmassnahmen dieses deutschnationalen Finanzministers nachzuprüfen. Am Mittwoch wurde in diesem Ausschuss festgestellt, dass Weber dem Erholungsheim "Kaiserhof" in Bärenfels Mietzins-Steuern in Höhe von 9500 Mark erlassen hatte, obwohl das Oberverwaltungsgericht dem "Kaiserhof" den gemeinnützigen Charakter abgesprochen hatte. Als Weber die Steuerbefreiung anordnete, gehörte er dem Aufsichtsrat der Versicherungsanstalt sächsischer Gewerbetreibender in Dresden, der Besitzerin des Erholungsheims, an.

SPD. Bochum, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Grippeepidemie im Ruhrgebiet hat in den letzten Tagen stark zugenommen. In einigen Städten sind sämtliche Schulen geschlossen worden; in Wanne-Eickel, Herne, Dortmund und in den Vororten von Bochum sind nur die höheren Schulen geöffnet. In Dortmund schlossen auch die kaufmännischen Lehranstalten. In Bielefeld musste die Post die Postzustellung einschränken. In Hattingen müssen drei Volksschulen aus Koksmangel feiern. Auch das Rathaus wird nur zum Teil geheizt. In unmittelbarer Nähe liegen Millionen Tonnen Kohle auf der Halde; die Stadt ist aber aus Geldmangel nicht in der Lage, Brennstoff zu kaufen.

SPD. Die Betriebseinnahmen der Reichspost haben sich im Dezember günstig entwickelt. Sie übersteigen mit 150,9 Millionen Mark die veranschlagten Einnahmen um 3,6 Millionen. Gegenüber dem Dezember 1931 ergibt sich ein Minus von 15,6 Millionen. Die Betriebseinnahmen der Reichspost in den Monaten April bis Dezember mit 1249,1 Millionen blieben hinter den veranschlagten Einnahmen um 11,4 Millionen zurück. Gegenüber den Einnahmen des Jahres 1931 ergibt sich eine Mindereinnahme von 206 Millionen.

SPD. Warschau, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Ein von dem Genfer "Journal de Genève" wiedergegebener angeblich englischer Plan eines Viermächteblocks zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien, mit ausgesprochener Hegemoniestellung in Europa, hat in der polnischen Öffentlichkeit grösste Beunruhigung hervorgerufen und zwar vor allem, weil an diesem Viermächtekonkordat auch Deutschland teilnehmen soll.

Die Presse zeigt grosse Aufregung, und halbamtlich wird angekündigt, dass die diesbezüglichen Aktionen der betreffenden Grossmächte von den polnischen Genfer Kreisen mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt würden. Uebereinstimmend erklären die Blätter, dass Polen sich einem solchen Plan mit aller Energie widersetzen werde. Wenn auch die Möglichkeit der Durchführung dieser Idee nur mit grösster Skepsis aufgenommen werden müsse, so verdiene sie doch Beachtung, meint die halbamtliche "Gazetta Polska", weil für England die Möglichkeit, an der Spitze der vier Grossmächte die Stellung eines Schiedsrichters in Europa einzunehmen, eine starke Verlockung habe. Die Verwirklichung dieses Planes sei aber trotzdem zweifelhaft, denn er trage nicht der Existenz von Amerika, Japan, Sowjetrussland und anderer Mächte Rechnung, und weil er wohl nicht den Interessen aller vier Teilnehmer entsprechen würde.

SPD. Paris, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Die in Börsen- und Finanzkreisen als marxistisch verschrieenen Beschlüsse der Finanzkommission über die Sanierung der Staatsfinanzen führte am Mittwoch zu einem Streik an der Börse.

Die Angestellten sämtlicher Pariser Börsenmakler verhinderten die Notierung der Kurse, um damit besonders gegen die von der Finanzkommission beschlossene Umwandlung der Inhaber-Aktien in Namensaktien zu protestieren, die nach ihrer Ansicht eine Verringerung des Börsengeschäfts und damit Personalentlassungen nach sich ziehen würde. Nur für etwa 30 Papiere konnten von den Bankiers selbst Kurse festgesetzt werden. Die Umsätze waren minimal.

Finanzminister Chéron erklärte zu dem Streik: "Die Streikbewegung an der Pariser Börse ist vollkommen unentschuldig. Alle gegen die Unabhängigkeit der Parlamentsberatungen organisierten Kundgebungen sind in einem demokratischen Regime unzulässig. Ich habe sofort nach dem Bekanntwerden des Streiks den Vorsitzenden des Maklerverbandes aufgefordert, seine ganze moralische Autorität einzusetzen, um der Bewegung ein Ende zu machen. Wir werden im übrigen die Anführer des Streiks festzustellen suchen und nötigenfalls Sanktionen gegen sie verhängen."

SPD. Wien, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Der politische Konkurrenzkampf zwischen den österreichischen Hakenkreuzlern und den Heimwehren, die in der Regierung durch den Staatskanzler für Sicherheit vertreten sind, hat zu einer Aktion der österreichischen Gendarmerie und Polizei gegen die Nazis geführt. Dieser Aktion ist nicht nur die Verhaftung der Wiener Tränengas-Attentäter zu danken, sondern auch eine scharfe Razzia nach den aus Deutschland geflohenen Hakenkreuzlern.

Am Mittwoch-Nachmittag wurde in Oberösterreich ein deutscher SA-Mann verhaftet. Er heisst Karl Heinz Lange und hat sich in Österreich unter dem falschen Namen Teichmann aufgehalten. Es wird vermutet, dass er nach den Juliwahlen zum Reichstag an einem der zahlreichen Bombenattentate beteiligt war und deshalb aus Deutschland geflohen ist. In Österreich war Lange an der Brandlegung an einer sozialdemokratischen Turnhalle beteiligt.

SPD. Karlsruhe, 25. Januar (Eig. Dr.)

Im badischen Landtag wurden am Mittwoch zwei Misstrauensanträge gegen die Regierung abgelehnt. Ein Antrag der Kommunisten blieb mit 41 gegen 23 Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokratie bei 15 Enthaltungen in der Minderheit. Ein Misstrauensantrag der Evangelischen Volkshilfe wurde mit 41 gegen 31 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt.

Die Sozialdemokratie gab eine Erklärung ab, in der festgestellt wird, dass seit dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung vor allem der Unterrichtsminister eine Beamtenpolitik treibe, die den schärfsten Protest herausfordere. Die Regierung billige die Massnahmen des Unterrichtsministers. Auch der Fleischsteuergesetzentwurf entspreche nicht den Interessen des werktätigen Volkes.

SPD. Dresden, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Polizei-Untersuchungsausschuss des sächsischen Landtages befasste sich am Mittwoch mit dem Fememord Hentzsch und beschloss, entsprechend den Anträgen des Sozialdemokraten Edel die Vernehmung des Polizeipräsidenten, des berüchtigten Kriminalrats Vogel, der den Hauptmörder des Hentzsch hat entweichen lassen, seiner Begleiter bei der Flucht des Mörders, ferner der Schwester des Ermordeten und seines Freundes Urban, der zuerst Anzeige über das Verschwinden des Hentzsch erstattet hat. Die Vernehmung dieser Zeugen ist auf den 15. Februar angesetzt worden.

SPD. Breslau, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch kam es vor dem Breslauer Universitätsgebäude wieder zu Ansammlungen. Der Lehrbetrieb in der Universität wurde jedoch nicht gestört, da Prof. Cohn keine Vorlesung hatte.

Der nationalsozialistische Studentenbund hatte zu einem Protestaufmarsch gegen "Trotzki-Cohn" aufgefordert. Zu dieser Demonstration waren 60 Studierende erschienen, sodass die Naziaktion verpuffte. Die Demonstranten standen unter Führung jenes Studenten, der Anfang Dezember, nach den ersten Universitätstumulten, im Disziplinarverfahren zur Nichtanrechnung eines Semesters verurteilt worden war.

SPD. Prag, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Dem Faschistenführer Gajda wurde auf Grund seiner eigenen, im Prager faschistischen Sekretariat gefundenen Notizen nachgewiesen, dass er schon vor einer Woche über die Vorbereitung des Brünner Kasernen-Ueberfalls unterrichtet war.

Die übrigen Haussuchungen ergaben ferner Beweise dafür, dass die Faschisten einen Umsturz in der Tschechoslowakei geplant haben. Im Verhör gab einer der Verhafteten an, dass am Sonnabend viele Faschisten nach Brünn kommen sollten, um zuerst hier und dann in Prag den Aufstand durchzuführen. Die faschistischen Führer hätten strengen Befehl gehabt, jeden zu erschiessen, der die faschistische Revolution verraten würde. Alle inzwischen bekanntgewordenen Anordnungen und Pläne der Faschisten waren romantisch und operettenhaft. In einem Orte bei Brünn wurden genaue Pläne für den Kasernenüberfall gefunden.

Gajda und die anderen Putschisten werden vor ein besonderes Staatsgericht gestellt. Der flüchtige Oberleutnant Kobzinik und sein Begleiter, der Zahntechniker Geidl, ein Vetter Gajdas, konnten noch nicht gefasst werden.

SPD. Breslau, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Die polnischen Behörden stehen im Begriff, aus einem harmlosen Grenz-Zwischenfall eine Staatsaktion wegen Spionage zu machen.

In der Nähe von Ruda (Oberschlesien) wurde kürzlich der oberschlesische Bezirksleiter des Bundes technischer Angestellten (Butab) Ingenieur Jakobs-Glewitz bei einem Grenzübertritt von einem polnischen Grenzbeamten verhaftet. Jakobs wollte an der Grenze einige für eine unpolitische Berliner Wochenzeitung bestimmte Aufnahmen anfertigen. Er geriet dabei im Waldbezirk zwischen Poremba und den Delbrück-Schächten in Hindenburg versehentlich über die Grenze in polnische Zöllner, der Jakobs offenbar schon eine Zeit lang beobachtet hatte, eilte hinzu und verhaftete den Ahnungslosen. Jakobs wurde zunächst in das Gefängnis von Schwientochlowitz und von dort aus in das Kattowitzer Gerichtsgefängnis geschafft.

Wie jetzt aus Ostoberschlesien bekannt wird, hat die polnische Justiz gegen den Verhafteten ein Verfahren wegen Spionage eingeleitet. Alle bisherigen Bemühungen der deutschen freien Gewerkschaften und der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei in polnisch-Oberschlesien um Freilassung Jakobs waren bisher vergeblich. Es verstärkt sich der Eindruck, dass die Staatsanwaltschaft in Kattowitz aus der harmlosen Grenzüberschreitung und einer ebenso harmlosen Berichterstattung eine grosse Staatsaktion zu machen beabsichtigt. Auffällig ist, dass die vom Kattowitzer Untersuchungsrichter entwickelten Platten von Jakobs ausnahmslos verwischt sind. Das Entlastungsmaterial des Verhafteten ist von der polnischen Anklagebehörde also bereits vorsorglich vernichtet worden. Mit einer baldigen Haftentlassung von Jakobs, der übrigens seit Jahren als Freund des deutsch-polnischen Verständigungsgedankens in Oberschlesien bekannt ist, dürfte kaum zu rechnen sein.

Von polnischer Seite will man anscheinend das bedauerliche Missgeschick des deutschen Gewerkschaftlers zu einer neuen aussenpolitischen Propagandaaktion gegen Deutschland und die deutsche Grenzrevisionsforderung ausnutzen.

SPD. Paris, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Pariser Militärgericht lehnte am Mittwoch im Prozess Guilbeaux die von der Verteidigung gestellten Anträge auf Nichtigkeitserklärung der ersten Verurteilung Guilbeaux und der gegen ihn eingeleiteten zweiten Untersuchung ab.

Im Verlauf seiner Vernehmung beschwerte sich der Angeklagte energisch dagegen, ein Agent Deutschlands gewesen zu sein. Seine Artikel in der von ihm in der Schweiz herausgegebenen Zeitschrift "Demain", die die Hauptunterlage für seine Verurteilung gebildet haben, seien im Interesse eines früheren Friedensschlusses geschrieben worden. Irgendwelchen materiellen Nutzen habe er aus diesen Artikeln nicht gezogen.

SPD. Genf, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

Mit der Annahme des gesamten Berichts über die Ergebnisse ihrer Arbeit an die Internationale Arbeitskonferenz hat am Mittwoch die Konferenz zur Vorbereitung der 40 Stunden-Arbeitswoche ihre fast dreiwöchentliche Tagung abgeschlossen.

Die rein formelle Debatte über Änderungen im Berichtsentwurf wurden nochmals unterbrochen durch einen Zusammenstoss zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Unternehmer verlangten die Aufnahme einer einseitigen Erklärung in den Bericht, nach der die Arbeitszeitverkürzung als unmöglich und praktisch undurchführbar bezeichnet sowie ausdrücklich versichert wird,

dass die Mitarbeit der Unternehmergruppe in keiner Weise bindend sei für spätere Entscheidungen. Daraufhin erzwangen die Arbeiter mit Hilfe der Stimmen der Regierungsvertreter gegen den heftigen Widerstand der Unternehmer die Aufnahme einer Erklärung, in der festgestellt wird, dass die Unternehmer sich angesichts von 30 Millionen Arbeitslosen in der Welt zur Frage einer Erleichterung der Arbeitszeit durch Arbeitszeitverkürzung rein negativ verhalten hätten. Demgegenüber stellt die Arbeitergruppe das Positive der Konferenzarbeit fest sowie die Tatsache, dass die Idee der Arbeitszeitverkürzung und die Erhaltung des Lebensstandards der Lohn- und Gehaltsempfänger als Mittel zur Besserung der Arbeitslosigkeit von einer Mehrheit anerkannt wurde, zu der sich mit einer Ausnahme die Regierungen der wichtigsten europäischen Industrieländer bekannt hätten.

SPD. Der Verbandstag der preussischen Polizeibeamten wählte am Mittwoch zum 1. Vorsitzenden des Verbandes den früheren, bei der Polizeibeamtenschaft beliebten, langjährigen Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Oberst Heimannsberg. Er erhielt 99 von 151 abgegebenen Stimmen. Die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses löste minutenlange Beifallsstürme aus. Sie waren eine Demonstration gegen die Kommissarsregierung.

Heimannsberg dankte dem Verbandstag für das Vertrauen. Er erklärte, sich der schweren Verantwortung als Führer der grössten Polizeibeamtenorganisation gerade in der heutigen Zeit voll bewusst zu sein. "Solange ich Vorsitzender des Verbandes preussischer Polizeibeamter sein werde," erklärte er, "wird der Verband weiter wie unter Schrader parteipolitisch neutral geführt werden. Das Vertrauen der Verbandsmitglieder werde ich nicht enttäuschen. Ich werde arbeiten für den Verband und für die Beamtenschaft, weil ich weiss, dass mit der Kräftigung der Polizeibeamtenschaft die Stärke unseres Staates, die Stärke unserer Republik befestigt wird."

Heimannsbergs klares Bekenntnis zur Republik wurde auf dem Verbandstag mit stürmischem Beifall aufgenommen. - Zum 2. Verbandsvorsitzenden wurde Kriminalkommissar Brebeck, zum 3. Vorsitzenden Polizeiobermeister Genz - beide einstimmig - gewählt.

SPD. Halle, 25. Januar (Eig. Drahtb.). In Halle waren seit einiger Zeit vier Hitlerjungen verschwunden. Sie sind jetzt in einem Münchener SA-Heim von der Kriminalpolizei aufgefunden worden.

Die Burschen wissen zu viel über die Zustände im braunen Sumpf. Deshalb sollten sie verschwinden. Sie wurden zu diesem Zweck mit allem Notwendigen aufs beste ausgerüstet, über Weimar, Gotha und Koburg auf Rädern nach München geschickt. Von dort sollten sie über die österreichische Grenze geschafft werden und von da nach Windhuk (Südwestafrika), Kalifornien, Kairo und in die französische Fremdenlegion. Dieser Plan scheiterte an der Erkrankung des einen Hitlerjungen. Die Münchener Kriminalpolizei erfuhr den Aufenthaltsort, sodass die vier Hitlerjungen wieder nach Halle zurückgebracht wurden. Der hiesige Führer der Hitlerjugend, Dr. Hengst, ist inzwischen von der Polizei verhaftet worden. Hengst war noch bis vor kurzem Mitglied der Reichsleitung der Hitlerjugend.

SPD. Warschau, 25. Januar (Eig. Drahtb.)

In dem grössten Textilunternehmen des Lodzer Reviers, der Widzower Manufaktur, wo die streikenden Arbeiter bisher vergeblich auf den letzten Wochenlohn warteten und deshalb seit fünf Tagen die Fabrik nicht verlassen haben, kam es zu blutigen Unruhen.

Die Polizei drang in die Fabrikräume und vertrieb die hungrigen und erschöpften Arbeiter gewaltsam. Es kam zu Zusammenstössen. Dreissig Arbeiterinnen und Arbeiter wurden zum Teil schwer verletzt.

Die Schlösser-Manufaktur in Lodz, mit einer dreitausendköpfigen Belegschaft, ist ebenfalls stillgelegt worden.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Aus aller Welt

Deutschland im Frost.

Temperaturen wie im Januar 1929 - Leichte Milderung zu erwarten!

SPD. Deutschland friert. Zur wirtschaftlichen Not der Zeit kommt zum Schrecken der Armen, denen das Geld zum Kohlenkauf fehlt, die natürliche des Winters. In den grossen Städten sind die Warmhallen überfüllt. Der durch die Menschenansammlung ausgelöste dumpfe Dunst macht den Aufenthalt hier gewiss nicht zum Vergnügen. Mit Kartenspiel, lebendigem Gespräch, Flugblatt- und Zeitungslektüre versucht man sich die Zeit, so gut es geht, zu vertreiben. Die Donnerstag-Voraussage der öffentlichen Wetterdienststelle lesen die Frierenden nicht ohne Hoffnung; der Bericht verheisst eine gewisse Milderung des Frostes, der, wie man sich schauernd erzählt, in der Nacht zum Mittwoch auf Kältegrade anstieg, wie sie in Deutschland seit Januar 1929 nicht mehr vorgekommen sind. Am kältesten ist es im Nordosten des Reiches gewesen, wo bis zu 30 Grad unter Null gemessen wurden.

+
Verkehrstechnisch hat in erster Linie die Schifffahrt unter der Kälte zu leiden. Zahlreiche Flussläufe und Kanäle sind zugefroren und somit die Warentransporte auf dem Wasser ins Stocken gekommen. Auf dem Rhein kam das Treibeis an verschiedenen Stellen zum Stehen; auf der Mosel hat es sich infolge des anhaltenden Frostes bei Lay festgesetzt; auf längere Strecken ist der Fluss in seiner ganzen Breite eisbedeckt.

Mit der Vereisung der Ostsee ist zunächst noch nicht zu rechnen. Trotzdem hat sich die Reichsmarineleitung unter Benutzung ihrer im Notwinter 1929 gewonnenen Erfahrungen auf einen möglicherweise notwendigen Eisnotdienst, der zusammen mit der Deutschen Luft-Hansa durchgeführt werden soll, eingerichtet. Die Marineleitung würde im gegebenen Falle mehrere Linienschiffe auf Fahrt schicken, die mit dem zur Schiffssuche ausgeschickten Flugzeugen der Luft-Hansa in ständiger Funkverbindung stehen sollen.

Auch die Hauptverwaltung der Reichsbahn teilt mit, dass sie zur Verhütung von Betriebsstörungen infolge der Kälte besondere Massnahmen getroffen hat. Die im Aussendienst tätigen Rangierer werden von Hilfskräften unterstützt; nach Möglichkeit stellt man ihnen Pelzmäntel und wärmende Getränke zur Verfügung. In technischer Hinsicht gilt die Hauptaufmerksamkeit vor allem der Aufgabe, mit Hilfe von Salzstreuen und anderen Auftaumassnahmen das Einfrieren der Weichen zu verhindern.

+
Eine Meldung, die das Winterelend der Zeit besonders krass illustriert, kommt aus Hattingen an der Ruhr: Wegen Koksmangels wurden hier drei Volksschulen geschlossen, obschon Millionen Tonnen Kohle auf den in der Nähe der Stadt gelegenen Halden lagern; die Stadtverwaltung aber kann nichts davon kaufen, weil sie ihr Geld für Fürsorgezahlungen, Gehälter und Löhne braucht.

So steigt natürlich vielfach auch die Zahl der Diebstähle an - schwarzen Diamanten, die bergeweis ungenutzt lagern und für die ärmere Bevölkerung viel zu teuer sind.

+
Der Magistrat Berlin beschloss, den Bezirkswohlfahrtsämtern einen Sonder-

beitrag von einer halben Million Mark für Kohlenlieferungen an Hilfsbedürftige zur Verfügung zu stellen - ein (freilich begrüßenswerter) Tropfen auf einen kalten Stein. An Wärmehallen gibt es in Berlin insgesamt 70; die grösste in der Ackerstrasse fasst 1500 Menschen - trotzdem müssen noch viele Einlassbegehrende abgewiesen werden; man schickt sie an die Obdachlosenasyile und zu privaten Wohlfahrtsorganisationen. Kliniken und Krankenhäuser sind genügend vorbereitet, um allen, die mit Erfrierungsmerkmalen eingeliefert werden, sachgemässe Behandlung zuteil werden lassen zu können. Die Zahl der Erkältungskrankheiten, auch der schweren Fälle, hat beträchtlich zugenommen, entsprechend stieg die Zahl der Belegungstärke der Krankenhäuser.

Ein schöneres Bild: den Schlittschuhläufern tun sich täglich neue Paradiese auf; die Rodler und Skiläufer versuchen den Grunewald zum Schwarzwald, die flache Mark zum Hochgebirge zu gestalten... Und wie die Kinder und die Sportler machen auch die Textilhändler, deren Weizen in der Kälte blüht, vergnügte Gesichter: es ist die Minderheit.

+ + +

Banditenüberfall. Auf dem Hauptbahnhof der Stadt Oldenburg schlugen mehrere maskierte und bewaffnete Banditen zwei Postbeamte zu Boden, entriessen ihnen zwei schwere für das Oldenburger Zentralpostamt bestimmte Holzkisten mit 8 200 Mark Inhalt und flüchteten. Mit Ueberfallkommandos, Spürhunden und Scheinwerferlicht setzte eine intensive Jagd nach den Verbrechern ein. Sie führte aber zu keinem Erfolg.

+ + +

Knöpfkes Steuerschuld. Der unzulässiger Transaktionen beschuldigte Berliner Funkdirektor Knöpfke, der im Augenblick des Bekanntwerdens der gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach Lugano fuhr, hat die Berliner Justizbehörde wissen lassen, dass er im Laufe der nächsten Woche nach Deutschland zurückkehren werde. Am Mittwoch liess das Finanzamt Berlin-Zehlendorf Knöpfkes Villa wegen der noch ausstehenden Steuerschulden mit Arrest belegen.

+ + +

Eisenbahn billiger! Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft beschloss in seiner Mittwochsitzung eine ab 1. März gültige Verbesserung und Verbilligung für die im vorigen Jahr eingeführten Netz-, Bezirks- und Bezirksteilmonatskarten. Die Netzkarten, die täglich mit einmonatiger Geltungsdauer ausgestellt werden können, gelten ab 1. März auf ungefähr 7 900 Kilometer (bisher 6 000 km) Eisenbahnstrecken zum Preise von dritter Klasse 90 Mark (bisher 100 Mark), zweiter Klasse 120 Mark (bisher 130 Mark). Im zweiten Netz kostet die dritte Klasse 140 gegen 160 Mark, die zweite 185 gegen 208 Mark. Entsprechend werden auch die anschliessenden Netzbezirke im Preise gesenkt werden.

Die Bezirkskartenpreise werden ebenfalls erniedrigt: die dritte Klasse kostet 40 Mark (bisher 40 - 65 Mark), die zweite Klasse 52 Mark (bisher 52 bis 80 Mark). Der Geltungsbereich der Bezirkskarten umfasst ungefähr 1000 Kilometer. Auch Eilzüge dürfen mit ihnen ohne Zuschlagsleistung benutzt werden. Neu eingeführt werden zum Preise von 15 und 20 Mark Anschlussbezirkskarten für die nächsten Bezirke.

Bezirksteilmonatskarten, die jeweils für eine Woche gültig sind, sollen in Zukunft einheitlich für die dritte Klasse 16 Mark (bisher 14 - 22 Mark), in der zweiten Klasse einheitlich 21 Mark (bisher 18-27 Mark) kosten. Auch Bezirksteilmonatskarten werden etwa 1000 Kilometer umfassen und ohne Zuschlagsforderung zur Benutzung von Eilzügen berechtigen.

+ + +

Freitod eines Diplomaten. Der amerikanische Konsul in Prag, Raymond Davis, hat sich aus unbekannter Ursache in einem Hotel der Prager Innenstadt aus dem dritten Stockwerk in die Hotelhalle gestürzt; der Körper fiel in unmittelbarer Nähe eines Tisches nieder, an dem die Frau des Konsuls sass. Davis war sofort tot.

Sing Sing-Gewinn... Die Direktion des New Yorker Zuchthauses Sing Sing gibt bekannt, dass der Nettogewinn des "Unternehmens" im Jahre 1932 um mehr als 50 000 Dollar gestiegen ist. Grund: Die Häftlinge werden pro Tag mit 2 bis 30 Cents entlohnt. Das Zuchthaus Sing-Sing befasst sich vor allem mit Schuherzeugung und Druckarbeiten.

Selbstmord im Schacht. Ein 19jähriger Büroangestellter aus Gelsenkirchen hat sein Leben auf eine grausige Weise beendet. Er überstieg am Schacht I der Zeche Bressert das Schutzgitter des Fördergerüsts und stürzte sich in den 700 Meter tiefen Schacht. Bergleute, die im Schacht arbeiteten, hörten einen dumpfen Fall und fanden nach einigem Suchen die gänzlich zerschmetterte Leiche.

Immer neue Verbrechen! Die verhafteten Berliner BVG-Räuber Hildebrand, Krebs und Wiemke haben am Mittwoch mehrere neue schwere Raubüberfälle zugegeben: in Charlottenburg entwendeten sie in zwei Fällen Chauffeuren unter Revolverdrohungen die Kraftdroschke; einmal raubten sie einen Tankwärter eine Geldkassette mit 70 Mark Inhalt; bei anderer Gelegenheit überfielen sie den Insassen einer eleganten Limousine, beraubten ihn seiner Wertsachen und seines Bargeldes und flüchteten in einer kurz vorher gestohlenen Taxe. Zu dem am Montag aufgeklärten Raubüberfall auf die Tiep lmann'sche Wirtschaft in Berlin-Mariendorf erklärten die Burschen, dass der 20jährige Erwin Hildebrand den Prokuristen Sauer erschossen habe.

Rotterkonkurs. Ueber das Vermögen und über die Gesellschaften der flüchtigen Berliner Theaterdirektoren Alfred und Fritz Rotter wurde mit Wirkung vom 23. Januar der Konkurs eröffnet.

Zwei Explosionopfer. Bei einer Siebwerkeexplosion in der Pulverfabrik Fallingb. (Hannover) wurden zwei Arbeiter getötet.

Perfekt! Der Vertrag, der den ehemaligen geschäftlichen Direktor der Berliner Volksbühne Heinrich Neft und Karl Ludwig Achaz mit der Direktion der Berliner Reinhard-Bühnen (Deutsches Theater und Kammerspiele) beauftragt, wurde von den beteiligten Parteien unterzeichnet. Ueber die Organisation der Betriebe und über die Spielplangestaltung schweben noch Verhandlungen.

Versicherungs-Brände. In Bienenrode bei Hildesheim wurde ein Hofbesitzer, der nicht weniger als sechsmal mit der Absicht des Versicherungsbetruges sein eigenes Anwesen angezündet und dadurch enorm verdient hat, verhaftet. Der Beschuldigte hat durch falsche Aussagen wiederholt andere Zeugen in Verdacht und zum Teil sogar ins Zuchthaus gebracht. Er wird neben der betrügerischen Brandstiftung auch des Meineids und der Anstiftung zum Meineid bezichtigt. Möglicherweise haben sich auch seine Frau und sein Bruder strafbar gemacht.

Zugunfall. Bei einem Zusammenstoß von zwei Güterzügen in der Nähe von Dirschau wurde ein Eisenbahner getötet, ein anderer schwer verletzt.



Letzter Akt.

Kriegsschulden-Verhandlungen in Washington.

SPD. Am 4. März tritt der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Roosevelt, sein Amt an. Fast am gleichen Tag wird eine englische Delegation in Washington eintreffen, um sich mit dem neuen Mann über die Regelung der englischen Kriegsschulden zu unterhalten. Nach den Engländern kommen die Italiener zum Zuge und im Anschluss daran sämtliche Länder, die ihre Kriegsschuldenzahlungen an Amerika nicht unterbrochen haben. Darauf haben sich der alte Präsident Hoover und der neue Präsident Roosevelt geeinigt.

Mit dieser Einigung ist die Bahn für die Neuregelung der Kriegsschuldenfrage freigemacht. Amerika hat, aus taktischen Gründen, einen überaus komplizierten Weg dabei gewählt. Es lehnt vor allem gemeinsame Verhandlungen ab, nimmt einen Schuldner nach dem andern vor, um aus jedem möglichst viel Kompensationen heraus zu pressen. Mit jenen Schuldnern, die die letzte Kriegsschuldenrate nicht gezahlt haben, also vor allem mit Frankreich, soll nicht verhandelt werden. Dadurch will man diese Länder zwingen, die Zahlung noch nachträglich zu leisten. Das kann jedoch nichts an der Tatsache ändern, dass der letzte Akt des grossen internationalen Kriegsschuldendramas Anfang März in Washington beginnt.

Die unter der kapitalistischen Weltkrise blutenden Völker werden sich im Laufe der Verhandlungen weniger für die taktischen Schachzüge, desto mehr aber dafür interessieren, ob das Ergebnis der Washingtoner Verhandlungen ein Hoffnungsstrahl für die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise ist. Heute lässt sich das so ohne weiteres nicht beantworten. Die Verhandlungen werden ohne Zweifel recht schwer sein. Es werden Komplikationen und Verzögerungen eintreten. Um das Meer von Schwierigkeiten anzudeuten, sei hier nur darauf verwiesen, dass Amerika für seine Verhandlungen mit England schon jetzt weitgehende Forderungen angemeldet hat. Es verlangt z.B. handelspolitische Erleichterungen für seine Warenausfuhr nach England, insbesondere für die landwirtschaftliche Ausfuhr, und feste Zusicherungen darüber, dass England zur Goldwährung zurückkehrt.

Daraus ersieht man, wie wichtig die Washingtoner Verhandlungen für das Schicksal der Weltwirtschaft sind. Die Frage der interalliierten Kriegsschulden und die Reparationsfrage hängen, wenn auch nicht formell und juristisch, zum mindesten seit den Reparationsverhandlungen im Jahre 1929 zusammen. Dieser Komplex hat aber die Weltwirtschaftskrise phantastisch verschärft, hat insbesondere viel zu der Zuspitzung der Krise im Jahre 1931 beigetragen. Weder das Hooversche Feierjahr, noch die Lausanner Reparationsverhandlungen haben eine endgültige Lösung dieser Frage gebracht. Die Lösung wurde durch die amerikanischen Präsidentenwahlen und durch das Durcheinander beim letzten Zahlungstermin für die interalliierten Kriegsschulden im Dezember 1932 verschleppt. Ohne eine endgültige Bereinigung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Kriegsschulden sind internationale Aktionen zur Beseitigung der weltwirtschaftlichen Störungsfaktoren auf dem Gebiete des Kredits, der Währung und des Handels unvorstellbar. Hält man aber an der gegenwärtigen

gen kredit- und handelspolitischen Absperrung aller Länder untereinander fest dann wird sich die Kluft zwischen den beiden Währungsblocks in der Welt, den Goldländern und den Sterlingsländern, erweitern. Bei einer solchen Entwicklung ist die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise überhaupt unmöglich.

Diese Zusammenhänge werden auch bei der Frage der Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz deutlich sichtbar. An sich sind die Vorarbeiten der Ausschüsse, die zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz eingesetzt wurden bereits sehr weit gediehen. Aber die massgebenden Instanzen sind sich darüber einig, dass die Einberufung der Konferenz selbst erst dann Sinn hat, wenn die Bereinigung des Kriegsschuldenkomplex erreicht ist. Deshalb rechnet man schon jetzt damit, dass die Konferenz frühestens im Juli 1933 zusammentreten kann.

Wie man sieht, mahlen die Mühlen der kapitalistischen Weltherrscher überaus langsam, aber wenig sicher. Inzwischen muss die ganze Welt im Marasmus dieser furchtbaren Wirtschaftskrise verharren, müssen die Arbeiter aller kapitalistischen Länder unter der Peitsche der Arbeitslosigkeit, des Lohnabbaues und des Sozialabbaues stöhnen. Die Segnungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden ihnen auf diese Weise immer sichtbarer vorgeführt.

7. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat sich bereit erklärt, den Besuchern der Internationalen Automobil- und Motorradausstellung in Berlin folgende Fahrpreiseremässigung zu gewähren:

Alle Bahnhöfe im Umkreis von 250 km um Berlin (einschliesslich Hannover und Schneidemühl) geben Sonntagsrückfahrkarten mit $33 \frac{1}{3} \%$ Ermässigung aus, und zwar am Sonnabend, den 11., und Sonnabend, den 18. Februar, von 0 Uhr ab mit einer Geltungsdauer bis zum darauffolgenden Montag um 12 Uhr; ferner Mittwoch, den 15., und Mittwoch den 22. Februar, von 0 Uhr ab mit einer Geltungsdauer bis jeweils Donnerstag um 12 Uhr. Die Rückfahrt mit den Sonntagsrückfahrkarten muss jeweils spätestens am letzten Geltungstage der Karte um 12 Uhr angetreten werden. Die ausserhalb der Entfernungsgrenze von 250 km ständig nach Berlin aufliegenden Sonntagsrückfahrkarten (Breslau, Hirschberg, Liegnitz, Griz, Plauen, Reichenbach, Zwickau, Erfurt, Bremen, Hildesheim, Flatow, Krojanke) erhalten ebenfalls die verlängerte Geltungsdauer von Sonnabend 0 Uhr bis Montag 12 Uhr. Die an die Besucher der Ausstellung jeweils am Mittwoch ausgegebenen Karten sind für die Rückfahrt nur gültig, wenn sie in der Ausstellung abgestempelt worden sind.

SPD. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, die ausschliesslich von den Gemeinden unterstützt werden, hat sich im Dezember 1932 weiter gesteigert und wird vom Deutschen Städtetag für Ende Dezember mit 2,8 Millionen angegeben. Die Steigerung beträgt demnach gegenüber dem Vormonat rund 100 000. Da seit Ende November keine Aussteuerungen aus der Krisenfürsorge mehr erfolgen, handelt es sich um Erwerbslose, die entweder aus der Arbeitslosenversicherung unmittelbar in die gemeindliche Fürsorge gelangen oder die Anwartschaft auf die Versicherung nicht erfüllt haben. Die von der Abstopfung der Krisenaussteuerungen erhoffte Stabilisierung der Wohlfahrtserwerbslosenzahl ist also nicht erreicht worden. Die Gemeinden müssen vielmehr damit rechnen, dass die ihnen aufgebürdeten Erwerbslosenlasten in den kommenden Monaten weiter erheblich steigen.

SPD. Zu dem Uebergang der Mitteldutschen Stickstoffwerke (Piesteritz) an die Bayerischen Stickstoffwerke und die I.G. Farbenindustrie erfährt man, dass das Reich für Piesteritz einen Preis bekommen soll, der um einige Millionen Mark über dem Aktienkapital bei Piesteritz liegt, das 20 Millionen Mark beträgt.

Nun hat aber das Reich Piesteritz seit 1926 an die Bayerischen Stickstoffwerke verpachtet. Diese haben wiederum der I.G. Farbenindustrie das Recht eingeräumt, in Piesteritz u.a. den bekannten Volldünger Nitrophoska zu produzieren. Dafür wurden an das Reich pro Jahr 4 Millionen Mark Pacht gezahlt. Nach dem Verkauf von Piesteritz fällt die Pacht natürlich weg. Dagegen wird das Reich den Kaufpreis von etwa 22 bis 23 Millionen Mark erst in Raten, die sich sehr lange hinziehen, erhalten. Wenn auch die Restkaufsumme mit % verzinst werden soll, bleibt der Verkauf von Piesteritz für das Reich ein Verlustgeschäft, das das Reich nicht zu tätigen brauchte, weil die Option der Bayerischen Stickstoffwerke auf Piesteritz keine bestimmte Kaufsumme vorsah. Das Verlustgeschäft wird umso unverständlicher, wenn man in Betracht zieht, dass die dem Reich gehörenden Elektrowerke in Piesteritz zwar nicht einen guten Kunden verlieren, dass aber dieser Kunde aus dem Reichstrust herausgelöst wird. Andererseits geht für die obenerwähnte Kaufsumme die Stickstoffquote von Piesteritz in den Besitz der Bayerischen Stickstoffwerke über und angesichts der ganzen Situation ist zu befürchten, dass die Stickstoffquote von Piesteritz schliesslich bei der I.G. Farbenindustrie (Leuna) landet. Dann wäre bei dem ganzen Piesteritz-Geschäft die I.G. Farbenindustrie der lachende Dritte - zum Schaden des Reiches und der Steuerzahler.

Von einer Regierung, die ihre Liebe zur Privatwirtschaft aber jeden Tag betont, kann man schliesslich nichts anderes erwarten.

SPD. Die gewerblichen Kreditgenossenschaften, also die von den Mittelstandsorganisationen aufgezogenen Bankeinrichtungen usw., haben schon seit längerer Zeit an die Reichsregierung die Forderung nach einer Kredithergabegestellt, nachdem sie bereits vom Reich 30 Millionen Mark erhalten haben. Die bereits hergegebenen 30 Millionen Mark und die Summen, die das Reich jetzt noch an die gewerblichen Kreditgenossenschaften geben wird, haben als sogenannte verlorene Zuschüsse zu gelten d.h. das Reich wird von diesen Geldern nichts mehr zu sehen bekommen. Den gewerblichen Kreditgenossenschaften schwebt, nach Art der bei der zweiten Banksanierung kürzlich getroffenen Einrichtungen im Bankgewerbe, eine Mobilisierungskasse vor, mit deren Hilfe man die Forderungen der gewerblichen Kreditgenossenschaften flüssig zu machen gedenkt. Mit diesem Projekt hat sich die Reichsregierung nun schon seit Wochen beschäftigt, ohne bisher eine Entscheidung zu treffen. Daneben läuft der andere Plan einer direkten Reichshilfe für die gewerblichen Kreditgenossenschaften. Die für diese Hilfe notwendigen Gelder werden auf rund 50 Millionen Mark geschätzt. Nach vorläufigen Mitteilungen soll das Reich bereit sein, etwa 25 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

SPD. In der 3. Januarwoche haben sich die Ausleihungen der Reichsbank abermals stark gesenkt und zwar um 113,1 Millionen Mark auf 2 762,6 Millionen. Bei der Währungsreserve liegt eine leichte Steigerung um rund 200 000 Mark auf 921,1 Millionen Mark vor. Die Deckung verbesserte sich gegenüber der Vorwoche von 28,2 % auf 29,3 %.

SPD. Jedesmal, wenn die Kältewelle eintritt, entstehen in der Versorgung der Bevölkerung mit ostelbischen Briketts Schwierigkeiten. Das ist jetzt wieder der Fall. Beim Ostelbischen Syndikat haben deshalb Verhandlungen stattgefunden, in denen festgestellt wurde, dass z.B. im Berliner Wirtschaftsbezirk die Grosshändler genügend mit Briketts versorgt seien, die Kleinhändler aber nicht. Dazu wurde bemerkt, dass sich schon in den letzten Tagen auf den Gruben des Ostelbischen Syndikats und bei den Brikettfabriken Schwierigkeiten in der Produktion ergeben hätten. Wenn die Kältewelle anhalte, würden sich diese Schwierigkeiten steigern, was Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung bedeute.

Man kann sich nur über die Feststellungen des Ostelbischen Braunkohlensyndikats wundern. Von Jahr zu Jahr hat man nun das Theater mit der Brikettversorgung im Winter erlebt. Man sollte doch genug Erfahrungen gesammelt haben, um Versorgungsschwierigkeiten aus dem Wege gehen zu können. So wäre es durchaus möglich, z.B. in Berlin und auch in anderen Städten grosse Sammel-läger anzulegen, aus denen in schwierigen Zeiten die Brikettlieferung an die Kleinhändler vor sich gehen könnte. Arbeitslose haben doch in den letzten Monaten genügend zur Verfügung gestanden, um diese Sammel-läger zu füllen. Aber trotzdem der Absatz im Ostelbischen Kohlsyndikat sich in den letzten Monaten verringert hat, wurde kein Finger gerührt. Man hat anscheinend im Ostelbischen Kohlsyndikat an etwas anders zu denken, u.a. an die Verlängerung des Syndikats mit gesetzlichen Zwangsmitteln (obwohl sich die Strukturfehler des Syndikats immer mehr zeigen), anstatt sich um eine wirklich funktionierende Belieferung der Bevölkerung mit Briketts bekümmern zu können. Die bevorstehenden Brikettschwierigkeiten sind in erster Linie ein Skandal des Ostelbischen Kohlsyndikats.

SPD. Die Reichsbahngesellschaft macht jetzt Angaben über die Durchführung ihres 280 Millionen Mark=Arbeitsbeschaffungsprogramms, das zu 180 Millionen aus Steuergutscheinen und zu 100 Millionen Mark durch Kredite finanziert wird. Von Oktober bis Dezember 1932 sind Aufträge in Höhe von 146 Millionen Mark vergeben worden. Die restlichen 134 Millionen Mark, die den einzelnen Reichsbahndirektionen voll zugeteilt sind, werden gegenwärtig für die Auftragserteilung verwandt. Die Aussenarbeiten werden wieder einsetzen, sobald die Witterung es zulässt. Für das neue Sofort=Programm des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung hat die Reichsbahn Vorschläge für Arbeiten bei der Reichsbahn in Höhe von 150 Millionen Mark gemacht; jedoch sollen aus diesem Programm für Verkehrszwecke keine Projekte gefördert werden, die geeignet sind, den Leerlauf bestehender Verkehrsmittel in volkswirtschaftlich schädlicher Weise zu vermehren.

SPD. Die deutsche Stahlwarenausfuhr, die unter dem falschen Kurs der deutschen Handels- und Agrarpolitik wohl mit am schwersten gelitten hat, stellt sich für das Jahr 1932 auf 39 500 Doppelzentner mit einem Wert von 32,2 Millionen Mark. Noch im Vorjahr machte sie 53 140 Doppelzentner im Werte von 50,1 Millionen Mark aus und im Jahre 1929 sogar 81 590 Doppelzentner im Werte von 73,39 Millionen Mark. Die Ausfuhr im letzten Friedensjahr (1913) betrug 59 500 Doppelzentner im Werte von 38,3 Millionen Mark. Im Jahre 1932 lag die deutsche Stahlwarenausfuhr auch erheblich unter dem Stand von 1924, dem ersten Jahr nach der grossen Inflation.

Frost als Stimmungsmache.

(Berliner Getreidebörse vom 25.Jan.)

SPD. Die Mittwochbörse liess sich insofern besser an, als das Geschäft in Mehl besser war als sonst. Roggenmehl konnte sogar um eine Kleinigkeit anziehen. Den Grund für das gebesserte Mehlgeschäft sieht man in der Frostperiode. Am Promptmarkt konnte die Roggennotiz gehalten werden. Weizen gewann sogar 1 Mark. Am Lieferungsmarkt lagen die Notierungen bis um 2 Mark höher. Die bessere Verfassung des Berliner Marktes hängt aber durchaus mit den Wetterverhältnissen zusammen. Die Angebotlage hat sich kaum verändert und liegt nach wie vor trostlos. Gekauft wurde auch am Mittwoch hauptsächlich durch die Stützungsstellen.

	24.Jan.	25.Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	181 - 183	182 - 184
Roggen	149 - 151	149 - 151
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	110 - 113	110 - 113
Weizenmehl	22,50-25,75	22,50-25,75
Roggenmehl	19,40-21,50	19,50-21,50
Weizenkleie	8,70- 9,00	8,50- 8,85
Roggenkleie	8,70- 9,00	8,70- 9,00
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 199 $\frac{1}{2}$ - 199 (198),		
Mai 200-199 $\frac{1}{2}$ (198 $\frac{1}{2}$), Roggen März 162-161 $\frac{1}{2}$ (160 $\frac{1}{2}$), Mai 162 $\frac{1}{2}$ -162 (161). Hafer		
per März - (-), Mai - (-).		

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise: Die Berliner Notierungskommission setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I.Qualität 90 RM, II.Qualität 83 RM und abfallende Ware 76 RM.

Gemüsemarkt.

SPD. (Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle RM je 50 kg einschl. Fracht, Spesen und Provision.) Weisskohl 50 kg 3-4, Wirsingkohl 6-8, Rotkohl 4-5, Rosenkohl 22-26, G rünkohl 2,50-4, Mohrrüben gewaschen 3,50-4, Rübchen 4-6, do. echte 13-16, Kohlrüben 2,50-3, Rote Rüben 2,50-3,50, Schwarzwurzeln 22-25, Merrettich 20-25, Sellerie j.nach Grösse 5-10, Porree j.n.Grösse Schock 1-1,50, Petersilie Grün 100 Bd. 2,50-10, do.m.Wurzeln 50 kg 5-8, Spinat Blatt rhein.19-22, Edel-Champignons weiss Ia 100-115, Zwiebeln sortiert grosse 5-6, do.unsortiert 5-5,50. - Obst: Apfel hiesige Tafel - Ia 50 kg 20-25, do. IIa 15-19, do. Koch- j.nach Sorte 13-18.



Vierzigstundenkonvention gesichert!

SPD. Die Genfer Vorkonferenz zur Verkürzung der Arbeitszeit geht zu Ende. Das Ergebnis ihrer Arbeit lässt sich bereits überblicken. Schwer war die Arbeit, die in Genf bewältigt werden musste. Aber die Arbeit blieb nicht ohne Erfolg. Man ist einen Schritt weiter - zu Gunsten der Arbeitszeitverkürzung, zu Gunsten einer allgemeinen internationalen Konvention. Das ist auch die Auffassung des Generalsekretärs des Internationalen Gewerkschaftsbundes, W. Schevenels.

Mit scharfen Worten wendet sich der Generalsekretär gegen die Haltung der Unternehmergruppe bei den Genfer Beratungen. Schevenels sagt: "Wenn schliesslich die Antwort erfreulicherweise zu Gunsten der Arbeitszeitverkürzung und damit zu Gunsten einer allgemeinen internationalen Konvention laute=te, so muss für jetzt und später festgehalten werden, dass die Unternehmer insgesamt auch in diesem Augenblick auf ihrem starren Nein beharren. Mehr als 100 Millionen hungernder Menschen genügten nicht, um die Unternehmer zur Bejahung eines nachgewiesenermassen tauglichen Versuchs zur Milderung der Leiden dieser Menschen zu bewegen, was umso schwerwiegender ist, als die Unternehm=mer diesen unglücklichen Menschen keinen Gegenvorschlag als jenen des Weiter=hungerns zu machen haben!"

Das Schwergewicht der Genfer Verhandlungen lag im Kampf um den Antrag der Arbeiter und den der Regierungen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Die ursprüng=lich von der Arbeitergruppe unterbreitete und mit 21 gegen 32 Stimmen abge=lehnte Resolution hatte folgenden Wortlaut:

"Bei der Beratung über den Entwurf eines Uebereinkommens über die Vier=zigstundenwoche ist vom Grundsatz auszugehen, dass die Wochenlöhne und die Mo=natsgehälter durch die sich aus der Annahme und Durchführung eines solchen Uebereinkommens ergebende Kürzung der Arbeitszeit nicht gesenkt werden dür=fen".

Für diese Resolution stimmten alle Arbeitervertreter und zwei Regierun=gsvertreter (Schweden und Spanien), dagegen alle Unternehmervvertreter; ferner sind 17 Enthaltungen zu melden. Bemerkenswert ist, dass auch der italienische Regierungsvertreter und der italienische Arbeitgebervertreter gegen diesen Antrag stimmten. Dazu bemerkt Schevenels: "Nicht Agnelli (Direktor der Fiat=Werke), dessen Name in der ganzen Welt wegen seines entschlossenen Eintretens für Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich bekannt wurde, ist von Mussolini nach Genf gesandt worden, sondern Olivetti! Agnelli war, zusammen mit dem be=rühmt gewordenen italienischen Antrag zur Abhaltung der Arbeitszeitkonferenz, gut genug für die Propagierung der "fortschrittlichen" Auffassungen Italiens ausserhalb Genfs; in Genf aber, als es sich darum handelte, ernsthaft Farbe zu bekennen und sich auf den Boden jener unzweideutigen Lösung zu stellen, die die Arbeitergruppe schon lange vor Italien zur Einberufung der jetzigen Konferenz veranlasst hatte, stand das offizielle Italien auf der Seite der Neinsager. Wohl stimmte seinerzeit die Arbeitergruppe für den von Italien von ihr über=nommenen Antrag auf Einberufung einer Konferenz zur Verkürzung der Arbeits=zeit; Italien hingegen stimmte nicht für die Resolution der Arbeitergruppe,

als es galt, ohne Kompromiss das zu machen, dessen man sich vor der Welt brüstete.*

Die Resolution der Regierungen von Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Holland, Italien und Chile, die in diplomatischer Form das entscheidende Prinzip des Entschlusses der Arbeitergruppe übernimmt, lautet folgendermassen:

"Die Konferenz ist nach Kenntnisnahme der verschiedenen für und gegen eine Arbeitszeitverkürzung vorgebrachten Gründe der Auffassung, dass die Arbeitszeitverkürzung eines der Mittel ist, die zur Verminderung der Arbeitslosigkeit geeignet sind. Sie beschliesst daher, in eine Prüfung der Einzelfragen entsprechend Ziffer II des vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Programms einzutreten, mit dem Ziel, eine internationale Abmachung zustande zu bringen, deren Durchführung so zu gestalten ist, dass die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer ermöglicht wird."

Für diese Resolution stimmten 1. Arbeitervertreter und 1 Arbeitgebervertreter (Italien), dagegen 20 Arbeitgebervertreter und 2 Regierungen (Grossbritannien und Portugal).

"Mit diesem Beschluss", sagt Schevenels, "ist der wichtigste Schritt gemacht. Noch ist das Ziel nicht erreicht, hingegen eine Etappe, bei der es auf alle Fälle kein Zurück mehr gibt. Die ganze Stosskraft, die während vieler Jahre darauf gerichtet werden musste, den Wagen einmal ins Rollen zu bringen, kann nun darauf gerichtet werden, alle jene Einzelheiten zu erkämpfen, die den Haupttrichtlinien des der Internationalen Arbeitskonferenz dieses Jahres zu unterbreitenden Konventionsentwurfs zugrunde gelegt werden müssen und schliesslich der eigentlichen Konvention Sinn und Leben verleihen!"

Die noch zur Verfügung stehenden vier Monate bis zur Internationalen Arbeitskonferenz müssen nunmehr ausgenutzt werden, um die Aktion zu Gunsten der 40-Stundenwoche auf ihren Höhepunkt zu treiben, nicht zuletzt um die einzelnen Staaten, die jetzt noch nicht der Konvention zugestimmt haben, dafür zu gewinnen, aber auch um die Nationen, die sich bereits zugunsten der Konvention ausgesprochen haben, zur energischen Verteidigung ihrer einmal eingenommenen Stellung zu zwingen!"

SPD. In England hat die Lohnabbauwelle erheblich später eingesetzt als in Deutschland. Die Kaufkraftschrumpfung erreichte daher drüben im Jahre 1931 einen weitaus geringeren Grad als bei den arbeitenden Massen in Deutschland; dafür aber stand in England das letzte Halbjahr 1932 im Zeichen einer Anzahl schwerer Arbeitskonflikte, von denen die grössten, die Abwehrstreiks der Baumwollspinner und Weber waren.

Die Statistik über den Rückgang der Tariflöhne, die das englische Arbeitsministerium jetzt veröffentlicht hat, zeigt, dass auch in Grossbritannien die sozialreaktionären Tendenzen des Unternehmertums mehr und mehr die Oberhand gewonnen haben. Die Lohnverluste pro Wocheneinkommen erreichten bei 1 942 000 Arbeitnehmern 251 000 Pfund Sterling, während 333 000 Arbeiter eine geringe Lohnaufbesserung von 2 550 Pfund pro Wocheneinkommen durchsetzen konnten. Der Reinverlust an Arbeitseinkommen betrug also im vergangenen Jahr 248 000 Pfund pro Woche, was bei dem kaum gefallenem Inlandswert des englischen Pfundes etwa 245 Millionen Mark entspricht. In den drei vergangenen Krisenjahren zusammen erreichen die effektiven Lohnverluste der arbeitenden Klasse in England fast 700 Millionen Mark. Berücksichtigt man, dass die Abwertung des Pfundes, die sich allerdings in dessen inländischer Kaufkraft bisher noch verhältnismässig wenig ausgewirkt hat, einen zusätzlichen "Lohnabbau hinten herum" darstellt und dass die Kaufkraftverminderung durch steigende Preise und Mieten noch gar nicht abzusehen ist, dann müssen die Krisenopfer der englischen Arbeiterschaft noch weit höher als 700 Millionen Mark eingeschätzt werden. -----

SPD. Der badische Finanzminister hat beim Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung einen Antrag zur Bahnelektrifizierung in Baden eingereicht. Er fordert die Aufstellung eines besonderen Arbeitsbeschaffungsprogramms für die Elektrifizierung der Reichsbahn und stellt vor allem die Elektrifizierung der Ostweststrecke Stuttgart-Karlsruhe und der Nordstrecke Frankfurt-Basel in den Vordergrund.

SPD. In Frankreich hat sich die Zahl der unterstützten Arbeitslosen nach der letzten, Mitte Januar, abgeschlossenen Statistik um 12 957 auf 297 306 erhöht. Seit Anfang November des vorigen Jahres, wo nach monatelangem Sinken der Arbeitslosenziffer wieder eine ständige Aufwärtsbewegung einsetzte, ist dies die stärkste Zunahme innerhalb einer Woche. Die Zahl der Unterstützungsempfänger nähert sich damit bedenklich der Höchstzahl von 305 496 Arbeitslosen, die am 19. März v. J. festgestellt worden war.

Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter hat dagegen in der Woche vom 9. bis 14. Januar um 688 abgenommen; sie ist auf 7 819 gesunken.

In der Berichtswoche sind nur 90 ausländische Arbeiter nach Frankreich eingewandert, während 1 973 Frankreich verlassen haben.

SPD. Die Transportarbeiterinternationale gibt zur Förderung der gewerkschaftlichen Aktion unter dem Personal der Schlaf- und Speisewagen nunmehr ein besonderes Blatt in verschiedenen Sprachen für dieses Personal heraus. Die Arbeitsbedingungen des Personals sind herzlich schlecht. In verschiedenen Ländern lehnt die Direktion jede Anerkennung der Gewerkschaft des Personals ab, ja die Mitgliedschaft wird sogar mit Entlassung gesahndet. Wie schikanös die Arbeitsbedingungen sind, zeigt z. B. die Tatsache, dass vielfach selbst Gebrauchsgegenstände wie Mundspülgläser usw. vom Personal ersetzt werden müssen, wenn sie von den Reisenden zerbrochen werden. Sogar Papier und Seife für die Toiletten soll das Personal stellen.

Eine neue internationale Konferenz zur Besprechung der Beschwerden des Personals wird in Kürze von der Transportarbeiterinternationale einberufen werden.

SPD. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beriet am Mittwoch die Anträge zur Beseitigung der durch die Notverordnungen geschaffenen Härten in der Unfall- und Invalidenversicherung. Die Sozialdemokratische Fraktion verlangt vor allem Aufhebung der Leistungskürzungen in der Unfall-, Invaliden- und Knappschaftsversicherung, Wiedergewährung des Kindergeldes und der Waisenrenten bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, in der Invaliden- und Angestelltenversicherung Wiederherstellung der Zusatzrente, in der Unfallversicherung Wiederherstellung der Gleichstellung der Wegunfälle mit den Betriebsunfällen und Wiedergewährung der kleinen Renten.

Staatssekretär Dr. Grieser versprach, man werde die Härten beseitigen, sobald eine Besserung der Wirtschaftslage eintrete.

An der Abstimmung haben sich die bürgerlichen Parteien grösstenteils nicht beteiligt. Nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten traten für eine fühlbare Milderung der Härten ein.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 25. Januar 1933.

Ein Schmugglerstreich.^x

SPD. In der kleinen Schmugglerbude war jedes kleinste Fleckchen belegt. Der Qualm von vielen Pfeifen lag wie ein dichter, schwerer Nebel über den Köpfen der Männer. Im Gewirr der Stimmen waren einzelne Worte nicht verständlich. Doch alle, die sprachen, hatten ein gemeinsames Thema, das in allen Einzelheiten oftmals wiederholt wurde. Alle sprachen von Jan. Jeder drückte ihm die Hand und wollte das Geschehnis aus seinem Munde vernehmen. Jan winkte immer wieder ab, ohne dass es ihm gelang, sich den Wünschen der Andern zu verschliessen. Und Jan, der so unscheinbare Jan, erzählte:

"Heute früh zwischen 3 und 4 Uhr machte ich rüber. Ihr wisst ja, unten an der kleinen Böschung klappt es ziemlich. So auch heute. Mein Wagen mit sechzehn Zentner Margarine und ich waren bald auf der holländischen Seite. Drüben läuft dann die Strasse mit der Grenze eine ganze Weile parallel. Kaum bin ich auf der Strasse einige hundert Meter gefahren, da steht der Wagen. Ich drücke den Anlasser, aber das Biest bewegt sich nicht. Ich raus aus dem Kasten, Motorhaube auf, und beim Schein meiner Taschenlampe mache ich mich über den Motor her. Ich suche, probiere, der Schweiss läuft wie Wasser an mir herunter. Ich finde nichts und habe eine Wut auf den Karren und auf das trübe Licht. Und die Zeit verstreicht. Der Karren läuft einfach nicht.

Dann - wurde es langsam Tag, und bei der Helle des beginnenden Tages versuchte ich wieder mein Glück am Motor. Ich war so vertieft in die Arbeit, dass ich nicht merkte, wie Menschen näher kamen. Erst holländische Laute liessen mich erschreckt auffahren. Der Schrecken war allzu berechtigt; neben mir standen zwei holländische Zöllner. Ich sass in der Klemme, - ich war geliefert. Die zwei wollten gleich los mit mir. Ich zeigte auf den Wagen. Nach kurzem Wortwechsel waren sie einverstanden. Der Wagen sollte mit. Ich suche weiter den Schaden und will zugleich Zeit gewinnen. Aber nichts Vernünftiges fällt mir ein. Die zwei stehen immer dicht bei mir. Auf einmal finde ich dann doch den Defekt. Was ist's? Eine winzige Kleinigkeit, - Mensch, bedenke: ein Kabel hat sich gelöst. Ein ganz einfaches, gewöhnliches Kabel. Eine Arbeit von wenigen Sekunden. Hätte ich das gleich gefunden, ich hätte um diese Zeit längst in der Falle gelegen und die zwei neben mir liefen jetzt irgendwo rum. Verdammt! Hatte ich eine Wut.

Wir fahren los. Die Holländer neben mir. Ich am Steuer. Ich suche immer noch einen Ausweg. Ich überlegte und überlegte. Die Kleidung klebte mir am Leibe. Und kein vernünftiger Gedanke. Sollte es wirklich keinen Ausweg mehr geben?

Ihr kennt die Strasse? Die macht doch nachher eine scharfe Biegung, und dann geht's schnurstracks hinein nach Holland. Jeder von euch kennt doch das "Knie". Ist man darüber weg, dann gibt's keinen Ausweg mehr. Oben am Knie neigt sich das Gelände ein wenig ins deutsche hinein. Unten fließt der kleine Bach; alles andre sind Weiden. Abgesteckte Weiden. Mit Draht, Latten und Pfählen abgesteckt. Zwischen den Weiden läuft die Grenze.

Immer näher rückt das "Knie". Dicht davor packt es mich. Anstatt nach rechts, schlage ich das Steuer nach links. Gebe Gas. Der Wagen springt ruckartig vorwärts, verlässt die Strasse, ist auf dem Weidenlande. Der Wagen schwankt. Immer wieder drücke ich den Gashebel; immer springt der Wagen vorwärts wie ein Stier. Die Holländer brüllen, - brüllen mich an. Ich brülle,

tue, als wollte ich die Bremsen ziehen, und - gebe wieder Gas. Der Wagen durchbricht Zäune und Abgrenzungen, reisst alles nieder. Ein Hinterrad reifen platzt mit lautem Knall, dann - ein gewaltiger Ruck, der Wagen steht. Mit den Vorderrädern im Bache. Ich war gerettet. Ich war wieder auf deutschem Boden.

Die beiden Holländer waren einfach sprachlos. Erst als ich sie bat, den Wagen zu verlassen, ging die Schimpferei los. Aber es nutzte ihnen nichts; sie mussten sorgen, wieder rüber auf holländisches Gebiet zu kommen. Wenn sie jetzt geschnappt wurden, dann gab's Verwicklungen. Sie notierten die Wagennummer und zogen los. Drüben hinter den Grenzpfählen blieben sie stehen. Und ich - setzte mich auf das Trittbrett des Wagens, und da merkte ich erst, dass mein Kopf schmerzte. Ich hatte lauter Beulen am Schädel.

Alles Andre wisst ihr ja. Drei kräftige Gäule zogen den Wagen wieder aus dem Schlamassel. Und die Wagennummer war natürlich - falsch.

Hätte nicht jeder von euch das Gleiche getan?"

Hans Treppte.

Der Stutzensimmerl.^x

SPD. Eigentlich hiess der Stutzensimmerl Simon Holzbichler; er stammte aus der Schechinger Gegend, wo die Wilderer zu Hause sind. Sie nannten ihn Stutzensimmerl, weil ihn noch kein Mensch ohne Jagdstutzen gesehen hatte. Der Stutzen war im Laufe eines Menschenlebens zu einem Teil Simmerls geworden. Ohne Stutzen wäre sich der Simmerl wie seiner Kleidung beraubt, wie nackig, wie geschändet vorgekommen.

Stutzensimmerl war der Sohn eines Schechinger Jägers, war mit dem Vater täglich auf den Wildsteigen herumgeklettert, dann selber Forstgehilfe geworden und hatte es schliesslich zum Unterförster gebracht. Im Kriege trug er den militärischen Stutzen; nach dem Kriege schlüpfte er als Jagdaufseher unter. Doch als die Zeiten schwerer wurden, gab der Jagdbesitzer die Jagd auf, und Stutzensimmerl stand eines Tages ohne Stellung da, ohne Arbeit, ohne Unterhalt und - was er schwerer empfand als die Stellenlosigkeit - ohne das Recht, an seiner linken Schulter ein Gewehr baumeln zu lassen und damit über die Dorfstrassen und durch die Wälder zu gehen. Essen, Schlafen, eine Pfeife Tabak! das hatte Stutzensimmerl vielleicht schon irgendwie geschafft, mit Gemeindeunterstützung, mit Gelegenheitsarbeit, mit ein bisschen Wildern. Er war ja anspruchslos wie ein richtiger Waldläufer. Aber nicht mehr "aufrecht gehen" können, weil die Waffe fehlte, die "Manneswehr", das hätte der Simmerl nimmer ertragen. Menschen, die zwischen Steinmauern aufwachsen und der Natur nicht so verhaftet sind, können so etwas vielleicht nicht verstehen. Für einen richtigen Schechinger mit einer jahrhundertalten Ahnenreihe von Jägern, Berghirten und Wilderern war solches Empfinden etwas Selbstverständliches, Unveränderbares, Schicksalhaftes. Wäre Simmerl in jungen, anpassungsfähigen Jahren in ein andres Milieu versetzt worden, dann hätte sicher auch er sich vom Gefühlserbe seiner Väter gelöst. So aber kam er erst während des Krieges, mit 45 Jahren, aus seiner Wald- und Bergheimat heraus, und da war er schon ausgewachsen und nicht mehr recht zu ändern.

Stutzensimmerl stand der Tatsache, dass er nun ohne Stutzen sein sollte, völlig verständnislos gegenüber. Er verstand das so wenig, wie die Rehe und Hirsche es verstanden hatten, wenn ihnen plötzlich die Kugel aus Simmerls Stutzen im Herzen gesteckt hatte. Er begriff auch nicht, als unversehens die Dinge sich nochmals änderten, dass das ein Schreckschuss des Schicksals gewesen war. Ehe er noch recht zur Besinnung gekommen war, hatte er schon wieder Amt und Brot und Stutzen. Die Gemeinde brauchte damals zufällig einen neuen Waldaufseher. Wie der Simmerl am Morgen nach der Hiobsbotschaft aus seiner

Hütt trat, da kam der Gemeindediener und rief ihn zum Gemeindevorsteher. Sie wurden schnell handelseins. Bloss wegen des Stutzens gab es eine lange Debat. Ein Waldaufseher braucht gemeinhin keinen Kugelstutzen zu seinem Amte. Aber schliesslich gab der Vorsteher nach, und Simmerl bekam einen Gewehrschein und das Recht, beim Begehen der Fluren und Wälder einen Stutzen zu tragen. Freilich: Jagen dürfte Simmerl nicht; er sollte ja nur aufpassen, dass kein Plurfrevel verübt und kein Holz im Walde gestohlen würde. Er sollte die arme Teufel einfangen, die sich, von der Not getrieben, aus dem Walde eine Karre voll Holz holen wollten.

Und hier, bei diesem Geschäft, begann sich Stutzen-simmerls Schicksal zu vollenden. Simmerl hatte gewiss kein allzu weiches Herz. Das soll man auch von einem, der schein halbes Jahrhundert in den Wäldern und Bergen herumtreibt, um Hirsche und Rehe und Gamsen zu schiessen und ihre Leiber zu zerlegen, nicht verlangen. Aber seltsam: Simmerl, der harte Jäger, Wildzerwinker, Waldläufer, hatte ein Herz für seine Mitmenschen. Es hatte sich bald bei den armen Teufeln von Bocking, bei den Torfstechern von der Weberfilze, bei den Traunsteiner Arbeitslosen herumgesprochen, dass der neue Waldaufseher vom Granauer Forst einer sei, der Holzsammlern gegenüber nicht nur ein Auge zudrücke, sondern überhaupt fünfse gerade sein lasse. Der Simmerl konnte nicht, wie es doch sein Amt verlangte, ein armes Luder, das Reisig sammelte und ein paar dürre Äste abriss, anschnauzen oder gar anzeigen.

Das ging so eine Zeitlang, ohne dass die Granauer Bauern und Waldbesitzer erführen, dass sie mit Simmerl zwar nicht den Bock zum Gärtner gemacht, doch immerhin ihrem Wald einen recht menschlichen und für die Nöte der Armen sehr verständnisvollen Gärtner gegeben hatten. Aber eines Tages bekamen sie doch Wind davon, und weil ein Bauer, besonders ein wohlhavender, nichts so wenig vertragen kann, als wenn einer sein Hab und Gut antastet oder antasten lässt - und seien es nur Tannenreiser -, so flog der Simmerl noch am gleichen Tage, da die Bauern besagten Wind in die Nase kriegten, mit Pauken und Trompeten aus seinem Amte. Bei diesem Sturze brach sich der Simmerl das Genick. Wirklich und wahrhaftig. Denn jetzt war es endgültig aus mit dem Stutzentragen. Der Gewehrschein wurde dem Simmerl entzogen, und er stand in der Welt wie einer, dem sie das Rückgrat aus dem Leibe geschnitten haben.

Wie kann einer, der sein Leben lang sich als Herr über hunderttausend Tannen und viele tausend Waldtiere gefühlt hat, einer, der als Szepter dieser Herrschaft ein halbes Jahrhundert lang einen Kugelstutzen umhängen hatte, ohne Wald und Hirsche und ohne Stutzen so einfach weiterleben, als wäre er nur eben vom ersten Stockwerk ins zweite gezogen! Simmerl war aus seiner Welt vertrieben, mit der jede Faser seines Wesens verwachsen gewesen war, und so rebellierte jede Faser gegen diese Vertreibung. So stark und wild war diese Rebellion, dass sie ihm den Geist verwirrte.

Ein Torfstecher brachte die erste Kunde ins Dorf. Draussen im Granauer Forst schiesse einer schon den ganzen Tag. Auf dem Hinterseer Steig lägen zwei frisch geschossene Hirsche. Als Bauernburschen daraufhin im Forst nachschauten, fanden sie noch mehr erschossenes Wild. Einer erzählte, er hätte den Stutzen-simmerl gesehen, wie er auf einer Waldblösse gestanden und auf ein Eichhörnchen geschossen hätte.

Viel ist nicht mehr zu erzählen, aber es ist schwerwiegend genug. Als das Schiessen am zweiten Tage nicht aufhörte, rückte die Tennheimer und Granauer Gendarmerie aus und durchsuchte den Wald. Um Mittag herum, als rings die Kirchenglocken eben anfangen, 12 Uhr zu läuten, stöberten sie den Stutzen-simmerl in einer Fichtenjugend auf. Als sie ihn anriefen, verkroch er sich hinter einen Baumstumpf und schoss mit seinem Stutzen. Schoss sinnlos und ziellos zwischen die Stämme und schrie dazu Unverständliches in den hallenden Wald.

Alle Zurufe der Gendarmen beantwortete er mit Schüssen. Das dauerte zwei Stunden lang. Dann wurde es still. Als sich die Beamten endlich hervorwagten, fanden sie den Stutzensimmerl tot hinter dem Baumstumpf. Er hielt den Stutzen umklammert und an sein Herz gedrückt.

Heinz Eisgruber.

Fraktur oder Antiqua?^x

SPD. Von all den Gärungen und Kämpfen, die das Merkmal unsrer bewegten Zeit sind, ist auch das Gebiet des Schriftwesens nicht verschont geblieben. Massgebende Kreise kämpfen für eine allgemeine und offizielle Einführung der alten lateinischen Schrift in Deutschland, der Antiqua, als Hauptschrift für das öffentliche Leben, während andre wieder, und zwar in erster Linie die "nationalen" Schichten, die sogenannte deutsche Schrift, die Fraktur, unter allen Umständen beibehalten wollen. Die bei jeder Gelegenheit ihr Deutschtum betonenden Volksgenossen vergessen in diesem Falle nur leider, dass es eine "deutsche" Schrift eigentlich gar nicht gibt. Die Frakturschrift, die als deutsche Schrift bezeichnet wird, ist aus der alten lateinischen Schrift hervorgegangen. Zu jener Zeit, als die Klöster der hauptsächlichste Sitz deutschen Schriftwerkes waren, wurde die Fraktur, die Bruchschrift, geboren. Die Mönche, die alte Werke durch Abschriften vervielfältigten, versuchten nach und nach, die schlichte lateinische Schrift durch Schnörkel und Ecken zu verzieren. Dadurch entstand die Fraktur, die sich dann zu einem ganzen Alphabet der Bruchschrift entwickelte. Das war natürlich auch in andern Ländern, wo in Klöstern die Mönche als fleissige Abschreiber tätig waren, wie in England, Frankreich, Italien usw. der Fall. Da nun früher der Unterricht in Deutschland hauptsächlich in den Händen von Geistlichen lag, so wurde diese Schriftart in den Schulen gelehrt und drang als sogenannte "deutsche" Schrift ins Volk, obwohl sie schwerer zu erlernen ist als die einfache lateinische Antiqua. Da jedoch die Antiqua heute wegen des Weltverkehrs nicht mehr zu entbehren ist, so werden heute in den Schulen beide Schriftarten gelehrt.

Diese unnütze Belastung des Schulunterrichts mit der Frakturschrift ist aber noch nicht das Schlimmste. Viel bedauerlicher ist es, dass durch diese Eigenbrötlerei im deutschen Buchwesen die Verbreitung deutschen Schrifttums im Auslande erschwert wird. Selbst in den urgermanischen Ländern Skandinaviens (merkwürdigerweise aber nicht in Finnland) wird diese Schrift abgelehnt und nur die Antiqua angewandt. Wie wichtig für den internationalen Verkehr eine einheitliche Schrift ist, erkennt man daran, dass die Typen der meisten Schreibmaschinen in Deutschland aus lateinischen Buchstaben bestehen. Das nützt es auch einem Schweden, einem Dänen, einem Franzosen, einem Amerikaner, wenn er die deutsche Sprache beherrscht, aber nicht zugleich die Frakturschrift lesen kann! Der grösste Teil der deutschen Bücher und Zeitschriften ist jenen Ausländern dadurch nicht zugänglich. Es wirkt fast wie ein Witz, wenn man sich etwa unsre Strassen- und Bahnhofsschilder in "deutscher" Schrift ausgeführt denkt. Dieser Versuch sollte, nebenbei bemerkt, wirklich schon einmal gemacht werden. Glücklicherweise hat man diese in einem Ueberdeutschtum wurzelnde Eiselei schon wegen der Fremden, deren Besuch deutscher Messeausstellungen usw. für uns sehr wichtig ist, wieder fallen lassen. Die Wichtigkeit einer einheitlichen internationalen Schrift, wie es ja die Antiqua eigentlich schon ist, wird heute in allen Ländern erkannt. In der Türkei, die ja ganz andre Schriftzeichen hat, ist die Antiqua ebenfalls schon als Unterrichtsfach eingeführt worden, und auch in Russland, das ja auch noch an die griechischen Buchstaben sich anlehrende Zeichen hat, wird sie in so vielen Schulen gelehrt, dass die meisten Russen die Antiqua vollkommen beherrschen.

Kürzlich hat auch das japanische Unterrichtsministerium beschlossen, die lateinische Schrift in allen Schulen als Pflichtfach lehren zu lassen. Die Regierung ist in Zusammenarbeit mit allen Bildungseinrichtungen bemüht, die lateinische Schrift immer mehr im öffentlichen Leben Japans zur Geltung zu bringen. Selbstverständlich ist diese Verordnung von den nationalistischen Kreisen Japans als unnational und die Würde des japanischen Volkes verletzend stark angegriffen worden. Die Regierung hat jedoch erklärt, dass Japan es seiner Stellung als Grossmacht und seinem wachsenden Einfluss auf allen Gebieten des internationalen Verkehrs schuldig sei, in jeder Beziehung im Konzert der Weltmächte gleichberechtigt mitzuwirken. Die lateinische Schrift sei nun einmal Weltschrift, und vor dieser Tatsache müssten die japanischen Belange, die nationalen Eigenheiten zurücktreten. Also auch Japan hat schon aus einer wertvollen Erkenntnis die notwendigen Konsequenzen gezogen. Und Deutschland?

Globetrotter und Abenteurer.^x

Von unserm Balkankorrespondenten.

SPD. Der Balkan als Brücke zwischen dem Morgen- und Abendlande ist von jeher ein bevorzugtes Durchzugsgebiet für Globetrotter und Abenteurer aus aller Herren Ländern gewesen. Einzeln und in Gruppen sind sie tagtäglich in allen Verkehrszentren des Südostens anzutreffen. Doch noch nie war der Schwarz dieser Reisenden "Ohne Geld um die Welt" so gross wie nach dem Weltkriege und besonders in den letzten Jahren, in denen die zunehmende Arbeitslosigkeit in allen Ländern Unzählige zum Wanderstabe hat greifen lassen.

Wenn ich alle jene wagemutigen und abenteuerlichen Gestalten, die mir während der letzten zehn Jahre im europäischen Südosten begegnet sind, im Geiste noch einmal Revue passieren lasse, so bleibt ein wenig erfreuliches Bild. Um es vorwegzunehmen: Es wäre ein aussichtsloses Unterfangen, diese freiwilligen oder unfreiwilligen Weltwanderer und Heimatlosen in bestimmten Kategorien zusammenfassen zu wollen. Ihr Zug ist zu bunt, um ihn katalogisieren zu können. Gewiss, es gibt genug Leute, die mit ihrem Urteil schnell fertig sind, und für die alle diese Weltwanderer nur "arbeitsscheue Brüder", "Stromer" und "Vagabunden" sind, die nicht einmal eine Auskunft verdienen. Diese Leute - und es sind leider sehr viele deutsche Landsleute darunter - scheinen noch immer nicht zu wissen, dass so mancher jener Durchzügler mit Freuden daheim bleiben und daheim arbeiten würde, wenn er dazu Gelegenheit hätte. Kann und muss man nicht Verständnis aufbringen für diese Wanderer, von denen einer in das Gästebuch eines Philippopeler Arbeitervereins den traurigen Hintergrund seiner "Weltreise" in dem erschütternden Satze aufzeigte: "Die Arbeitslosigkeit und die grosse Not daheim haben mich in die Fremde getrieben...."

Die deutschen Auslandsvertretungen, sozial denkende und fühlende Deutsche und Einheimische, die Gewerkschaften, die sozialistischen Organisationen usw. leihen diesen Weltwanderern und Arbeitsuchenden nach besten Kräften ihre Hilfe, obschon der Strom der Kommenden und Gehenden ständig breiter wird. Hunger, bitterste Not und Verzweiflung sind in den meisten Fällen die Begleiter dieser Armen, die vielfach allzu bald ihr waghalsiges Unternehmen bereuen. So schlagen sie sich von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt und von Land zu Land durch, bettelnd und hungernd, um eines Tages bestenfalls von irgendeinem Konsulat oder einer Gesandtschaft in die Heimat "abgeschoben" zu werden. Denn Arbeit ist heute auf dem Balkan und im nahen Orient noch schwerer als daheim zu finden, umso mehr, als die Zulassungsbestimmungen sämtlicher Länder für ausländische Arbeitskräfte immer rigoroser werden.

Neben jenen, die ernstlich Arbeit in der Fremde suchen und nur in verschwindenden Ausnahmefällen finden, können die sogenannten Globetrotter oder

Weltenbummler angeführt werden, die den ganzen Erdball oder - wenn sie bescheidener sind - auch nur einen oder mehrere Erdteile durchqueren wollen. Solche, die einen Reise- und Zehrgroschen in der Tasche haben und sich recht und schlecht durchschlagen, stehen hier nicht in Betracht. Es sollen nur jene Abenteurer erwähnt werden, die der Schrecken aller Einheimischen und Auslandsdeutschen geworden sind. Harmlosere Gesellen, die einem über den Weg laufen und ihr Konterfei mit dem üblichen Betteltext in fünf, sechs Sprachen in die Hand drücken, schützen als Grund ihrer Reise vielfach eine Wette oder einen "wissenschaftlichen" Zweck vor. Da wandern die einen zu Fuss, andre fahren mit dem Rad oder Motorrad, dritte reiten stolz auf einem Esel oder einer Schindmähre, vierte gondeln per Kanu oder Faltboot. Kurzum, so ziemlich die meisten Fortbewegungsmittel sind vertreten, die gewöhnlich mit den Flaggen jener Länder aufgeputzt sind, die schon durchquert wurden.

Dieser Tage traf ich einen dieser Abenteurer, der, wie in den meisten Fällen, ein Deutscher war, auf der Bukarester Hauptstrasse Calea Victoriei. Mit nicht geringer Fertigkeit und zum lauten Vergnügen der ihn begleitenden Neugierigen absolvierte er seine Weltreise rückwärts marschierend. An einer Strassenkreuzung indessen erwischte ihn die Faust eines Polizisten, der ihn beim Kragen packte und wegen Verkehrsstörung festnahm. Trotz allen Protestes musste nun der absonderliche Landsmann den Gang nach der Präfektur mit der Nase nach vorn antreten..... Vermutlich wird ihn die Polizei nach Westen abschieben, heimwärts, won wo aus er wieder weiter "retirieren" darf, wenn ihm nicht die Polizei des Nachbarlandes einen neuen Strich durch die Rechnung machen wird.

Auf der Transbalkanbahn in Mittelbulgarien sprach mich einmal ein "Weltumsegler" an, der mit seinem Faltboot bis nach Rustschuk donauabwärts gondelt war und nun Konstantinopel zustrebte. Ihm hatte der Mut geöhlt, das Schwarze Meer zu durchkreuzen, da ihm von den heftigen Stürmen und bösartigen Haifischen dieser tückischen See grausige Dinge erzählt worden waren. Mit den Stürmen hatte das schon seine Richtigkeit, doch Haifische hat das Schwarze Meer noch nie beherbergt. Immerhin, ich konnte es dem Burschen weiter nicht verargen, dass er Vorsicht walten liess und diese Strecke der Einfachheit halber in der sicheren Bahn "abmachte". Was soll aber erst werden, wenn er an die Äquatorialen Meere herankommt?

Andre wieder wandern mit mosaïschen Bärten und langen Haarmähnen als "Pilger nach dem heiligen Grabe". Solch ein sonderbarer Heiliger trug einmal zahlreiche Heiligenbildchen und Bibeln in den Taschen, um sie unterwegs an die "Ungläubigen" abzusetzen und sich so sein Reisegeld zusammenzuscharren. Natürlich rechnete er damit, recht hübsche Sümmchen herauszuschlagen zu können, da doch die schönen bunten Bildchen bestimmt guten Anklang bei diesen primitiven Leuten in Kleinasien finden würden.....

Auch an "geflohenen Fremdenlegionären" fehlt es nicht. Als solche geben sich gern heimwärts ziehende Tappelbrüder aus, oft mit klingendem Erfolg.....

Schliesslich sind noch die "politischen Flüchtlinge" abzuführen, die ein besonderes Kapitel bilden. Hier und da hat man es auch mit tatsächlichen politischen Verbrechern zu tun, die durchweg aus dem rechtsradikalen Lager stammen und wegen irgendeiner Schandtats aus der Heimat flüchten mussten. So tauchten z.B. in den Jahren 1925 bis 1927 in der bulgarischen Hauptstadt immer wieder finstere Typen auf, die sich damit brüsteten, an irgendeiner politischen Mordtat an einem der "linken Volksverräter" beteiligt gewesen zu sein. Solch ein Dunkelmann nannte sich Freiherr von Cucumus, besass auch einen von einer süddeutschen Polizeibehörde auf diesen Namen ausgestellten Pass, der aber bald vom deutschen Konsulat einbehalten wurde, damit sein Inhaber, der überall dicke Schulden gemacht hatte, nicht über die Grenzen entwische. Er entwischte aber trotzdem unter Zurücklassung des Passes auf bisher noch ungeklärte Weise, da ihm die bulgarische Sittenpolizei wegen seiner Röhm'schen

Veranlagung auf den Fersen war..... Später erfuhr man, dass er nach Ungarn ausgerückt war.....

Man könnte diese Auslese, die eine charakteristische Illustration zur Not und Wirrnis unsrer Zeit ist, beliebig vermehren, denn der Strom der sich über die Länder des Balkans und des nahen Orients ergießenden Wanderburschen und Abenteurer ist unversiegbar. Und wie lange noch...?

Wiedersehen mit einer kleinen Stadt.^x

Es ist noch immer so wie vor fünf Jahren.
Ein Kranz von Wäldern säumt die kleine Stadt.
Das Leben lockt mit Zügen, die vorüberfahren.
Ein Märchengeist griff hier der Zeit ins Rad.

Noch halb verschlafen liegen schmale Gassen.
Ein Milchgespann fährt träg von Haus zu Haus.
Aus Küchenfenstern kommt Geklirr von Tassen,
Und manchmal beugt sich eine Frau hinaus.

Im Laden stehen noch dieselben Kunden.
Der Gasthof offeriert "Logis und Kost".
Und drüben geht - traf ich ihn nicht vor Stunden? -
Der gute, alte Bote mit der Post.

Ich möchte jeden froh "Wie geht es?" fragen.
Ein Freund bleibt stehn und ruft: "Ist's möglich? Du?!"
Wie zur Begrüssung fängt die Turmuhr an zu schlagen.
Und alle Fenster winken mir nun zu.

Es ist noch immer so wie vor fünf Jahren:
Dies ist der liebste, stillste, schönste Ort.
Doch wenn die Züge Nachts vorüberfahren,
Sehn' ich mich bald und brennend wieder fort.

Kurt Rudolf Neubert.

SPD. Bewundernswert.^x "Guggense sich Zweitsch an; der is ooch Millionär."

"Der? Wie is denn der Millionär gewordn?"

"Mid nischd."

"Das gibd's doch garnich."

"Doch, der gam hierher und hadde nischd in dr Dasche ausser 'nem Loch.
Und da bumbde der sich zehn Marg, und mid den zehn Marg haddr angefangen,
un jedzd is der Millionär. So einen Menschen muss mr doch bewundern. Nu blick
nu saachn Se mal sewr, ob mr den Zweitsch nich bewundern muss."

"Nein, Ich bewundere viel mehr den Mann, der Zweitsch die zehn Marg ge-
bumbd had....."

SPD. Verkannter Sammeleifer.^x "Ich habe hier einen Brief Bismarcks."
"Nanu, was hat denn der von dir gewollt?"
